



Datenstrategie der Landeshauptstadt Wiesbaden

Februar 2026

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur Datenstrategie.....	3
1 Einleitung und Ausgangslage.....	6
1.1 Warum wir eine Datenstrategie brauchen.....	7
1.2 An wen richtet sich die Strategie?.....	9
1.3 Leitprinzipien für den Umgang mit Daten in Wiesbaden.....	9
1.4 Verhältnis Offene Daten (Open Data) und verwaltungsinterne Daten.....	12
1.5 Städtische Dateninfrastruktur.....	13
1.5.1 Interner Datenraum.....	15
1.5.2 Open Data Plattform	17
1.5.3 Digitaler Zwilling.....	20
1.5.4 FME-Plattform.....	23
2 Handlungsrichtlinie für die Data Governance	23
2.1 Organisatorischer Rahmen und Rollen - Data Governance und Datenmanagement.....	24
2.1.1 Fachdomänen	24
2.1.2 Rollen.....	25
2.1.3 Messbare Kennzahlen	34
2.2 Umsetzung	34
2.3 Metadatenmanagement, Standards und Qualität	36
2.4 Change & Training - Aufbau eines städtischen „Data Mindsets“	37
2.5 Stakeholder einbinden - Datenräume gemeinsam entwickeln	38
3 Ausblick.....	39
Glossar und Abkürzungsverzeichnis.....	41
Impressum.....	44

Vorwort zur Datenstrategie

Die Datenstrategie schafft den Rahmen für einen verantwortungsvollen, sicheren und wirkungsorientierten Umgang mit Daten in der Verwaltung. Ziel ist es, die Landeshauptstadt Wiesbaden auf dem Weg zur **Datenkompetenz** und **Datenwirksamkeit** zu begleiten - hin zu einer Verwaltung, die Daten qualitätsgesichert, vernetzt und gemeinwohlorientiert einsetzt. Daten werden als strategische Ressource genutzt, um Verwaltungsprozesse zu verbessern, Entscheidungen zu fundieren und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit zu stärken.

Dabei stehen nicht technische Systeme im Vordergrund, sondern Organisation, Zusammenarbeit und Kultur: Die Datenstrategie ist kein IT-Konzept, sondern ein **strategischer Orientierungsrahmen**, der beschreibt, wie Menschen, Prozesse und Technik zusammenwirken, um aus Daten echten Mehrwert zu schaffen.

Die Strategie richtet sich an **alle Bereiche der Stadtverwaltung, ihre kommunalen Unternehmen und Partner**. Sie bietet Leitlinien, Rollen und Handlungsempfehlungen, um Datenmanagement strukturiert und zukunftsorientiert zu gestalten. Sie stärkt die interne Zusammenarbeit, fördert Offenheit und Datensouveränität und schafft die Basis für moderne, datenbasierte Dienstleistungen.

Die Datenstrategie ist ein **lebendiges Dokument**, das sich mit der praktischen Umsetzung weiterentwickelt. Sie verbindet laufende Projekte - etwa den Aufbau des internen Datenraums und der Open Data Plattform - mit einem übergreifenden Ziel: Daten so zu nutzen, dass sie Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft gleichermaßen befähigen, faktenbasiert zu handeln und Landeshauptstadt Wiesbaden als digitale, lernende und zukunftsorientierte Stadt weiterzuentwickeln.

Das Selbstverständnis der Landeshauptstadt Wiesbaden im Umgang mit Daten

Die Datenstrategie richtet sich an die gesamte Stadtverwaltung, ihre kommunalen Unternehmen und Partner. Sie sorgt dafür, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden

- als lernende Verwaltung datenbasiert steuert und Entscheidungen nachvollziehbar macht,
- wiederkehrende Datenprozesse automatisiert und redundante Tätigkeiten reduziert,
- Bürgernähe und Servicequalität durch digitale Angebote stärkt,
- eine offene, interoperable Dateninfrastruktur auf- und ausbaut,
- Verwaltung, kommunale Familie und Stadtgesellschaft vernetzt,
- digitale Services für Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft wirkungsorientiert entwickelt,
- offene Daten („Open per Default“) bereitstellt und Datenschutz und Informationssicherheit konsequent schützt.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden bekennt sich zu dieser Datenstrategie, entwickelt die nötigen Kompetenzen, IT- und Dateninfrastrukturen weiter und unterlegt die Umsetzung finanziell und personell.

Redaktionelle Info

Die Strategie wurde vom **Referat Smart City (0702)** gemeinsam mit dem **Amt für Statistik und Stadtforschung (Amt 12)** und dem **Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung (Amt 15)** der Landeshauptstadt Wiesbaden entwickelt. Die Erarbeitung erfolgte in enger Abstimmung mit Fachämtern, städtischen Beteiligungen und externen Partnern. Unterstützt wurde das Projekt durch das Daten-Kompetenzzentrum Städte und Regionen DKSR GmbH.

Die Datenstrategie versteht sich als gemeinsames **Organisations- und Lerninstrument**, das die Nutzung von Daten ressortübergreifend stärkt. Aktuelle Informationen zur Strategie finden Sie im verwaltungsinternen Wintra oder auf wiesbaden.de. Zentrale Fachbegriffe und deren Definitionen sind im Glossar und Abkürzungsverzeichnis am Ende dieses Dokuments aufgeführt.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an das Referat Smart City: SmartCity@wiesbaden.de.

Die Entwicklung der Datenstrategie wurde durch das Förderprojekt „**Starke Heimat**“ des Landes Hessen unterstützt und ermöglicht. Das Programm fördert kommunale Digitalisierungs- und Smart City-Vorhaben mit dem Ziel, spürbare Vorteile für Verwaltung und Bürgerschaft zu schaffen und die kommunale Infrastruktur nachhaltig zu stärken.

1 Einleitung und Ausgangslage

Daten sind eine der wichtigsten Ressourcen für das Verwaltungshandeln der Landeshauptstadt Wiesbaden. Sie bilden täglich die Grundlage für faktenbasierte Entscheidungen, effiziente Prozesse und eine moderne, bürgerorientierte Stadtverwaltung. Gleichzeitig wachsen mit der fortschreitenden Digitalisierung die Menge, Vielfalt und Bedeutung von Daten - ebenso wie die Anforderungen an deren Qualität, Sicherheit und Nutzbarkeit. Hierin steckt auch ein Potenzial, was die LHW zukünftig stärker nutzen möchte.

Die Datenstrategie für die Landeshauptstadt Wiesbaden baut auf einer Reihe von Meilensteinen und Vorarbeiten seit Ende 2023 auf, die in dieses Dokument eingeflossen sind. Dazu zählen insbesondere die Beschlüsse Nr. 0481 und Nr. 0637 zur **Open Data Strategie** und zum Prinzip „**Open per Default**“ vom 20. Dezember 2023, die Arbeiten am **Aufbau einer städtischen Dateninfrastruktur** - einschließlich der Open Data Plattform, des Digitalen Zwillings und des Internen Datenraums - sowie zahlreiche Interviews mit Mitarbeitenden der Verwaltung, die täglich mit Daten arbeiten. Diese **Gespräche** lieferten wertvolle Einblicke in Prozesse, Herausforderungen und Potenziale der Datenarbeit in der LHW und bilden die inhaltliche Grundlage dieser Strategie.

Mit den Beschlüssen von 2023 wurde bereits ein deutliches Signal gesetzt: Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat erkannt, dass offene und qualitätsgesicherte Daten eine Schlüsselrolle für die Zukunftsfähigkeit der Stadtverwaltung spielen. Das Prinzip „**Open per Default**“ besagt, dass städtische Datensätze - mit Ausnahme schutzbedürftiger Inhalte - grundsätzlich für die Nutzung und Weiterverarbeitung bereitgestellt werden. Damit wird ein **Paradigmenwechsel** vollzogen: Weg von der reinen Datensammlung hin zur aktiven Datennutzung als Teil des Verwaltungshandelns.

Die Vorteile dieser Haltung zeigen sich nicht nur in der Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit, sondern auch in der alltäglichen Verwaltungsarbeit. Nach Einschätzung der Berliner Open Data-Geschäftsstelle fördern offene Daten „Transparenz und demokratische Teilhabe, verbessern Prozesse und Austausch in der Verwaltung und ermöglichen Innovationen und neue Geschäftsmodelle“¹.

Auch in der LHW haben die im Rahmen der Erarbeitung der Datenstrategie geführten Interviews mit Fachbereichen gezeigt, dass der Bedarf nach einem verbesserten, **strukturierten Datenaustausch innerhalb der Verwaltung** besonders groß ist. Viele Mitarbeitende wünschen sich bessere Möglichkeiten, Daten über Ämtergrenzen hinweg

¹ [Open Data Informationsstelle Berlin](#)

einzusehen, zu nutzen und zu kombinieren - ohne dabei auf persönliche Kontakte oder manuelle Prozesse angewiesen zu sein.

Unsere Mission

Die Landeshauptstadt Wiesbaden verpflichtet sich, Daten offen, sicher und qualitäts-gesichert bereitzustellen, um Transparenz, Innovation und Zusammenarbeit zu fördern. Die Datenstrategie bildet den organisatorischen und kulturellen Rahmen dafür - sie legt die Grundlage, um Daten nutzbar zu machen, schafft Vertrauen und unterstützt eine Verwaltung, die evidenzbasiert, lernfähig und bürgernah agiert.

Vorgehen

Zu Beginn des **Entwicklungsprozesses** der Datenstrategie wurden relevante Akteure identifiziert, Ziele definiert und die Projektorganisation etabliert, um eine tragfähige Basis zu schaffen. Anschließend folgte die Ist-Analyse zur Bestandsaufnahme der Datenlandschaft, IT-Strukturen und Prozesse in einem ausgewählten Themenbereich (Baumdaten) sowie zur Ableitung von Prioritäten. Darauf aufbauend wurde die strategische Ausrichtung entwickelt und ein Konzept mit Vision, messbaren Zielen sowie Vorgaben zu Standards und Data Governance erarbeitet. Dabei wurde auf **bewährte Ansätze zurückgegriffen**: Viele Elemente, darunter insbesondere die Leitprinzipien und grundlegenden Governance-Strukturen, orientierten sich an etablierten **Best Practices**, die sich in anderen Kommunen bereits bewährt haben und für die lokale Situation in der Landeshauptstadt Wiesbaden angepasst wurden.

In der **Umsetzungsphase** wurden priorisierte Maßnahmen geplant, Umsetzungspartner eingebunden und technische sowie organisatorische Maßnahmen realisiert. Als Grundlage sind zentrale Leitlinien der Datenstrategie festgelegt worden, die den Rahmen vorgeben und Orientierung schaffen. Abschließend erfolgte die Erstellung des Ergebnisdokuments, das Erkenntnisse, Lessons learned und die finalen Unterlagen für die dauerhafte Implementierung zusammenführte.

1.1 Warum wir eine Datenstrategie brauchen

Aktuell werden in der Landeshauptstadt Wiesbaden **zentrale Dateninfrastrukturprojekte** umgesetzt, die künftig den sicheren und effizienten Umgang mit Daten ermöglichen sollen: u. a. der Interne Datenraum für den Austausch verwaltungsinterner Daten, der Digitale Zwilling für die Visualisierung von Verwaltungsdaten und die Open Data Plattform für die Bereitstellung öffentlicher Daten. Alle Vorhaben schaffen **wichtige technische Grundlagen** und bilden den Kern einer modernen Datenlandschaft. Damit diese Infrastrukturprojekte ihre Wirkung in der Gesamtverwaltung entfalten können, braucht es einen **gemeinsamen strategischen Rahmen** - eine **Verständigungsgrundlage**, die klärt, wie Daten erfasst, geteilt und genutzt werden sollen. Diese Rolle übernimmt die Datenstrategie.

Der **Bedarf** an einer stadtweiten Datenstrategie wurde in zahlreichen Gesprächen, Workshops und Fachveranstaltungen klar benannt. Entscheidend war, dass die Strategie **praxisorientiert** abgeleitet wird und sich stets am tatsächlichen Nutzen orientiert. Im Mittelpunkt der Strategieentwicklung steht von Beginn an **konkrete Maßnahmen** mit dem Ziel zu entwickeln, Abläufe zu beschleunigen, die Datenqualität zu verbessern, größere Transparenz in Entscheidungsprozessen zu schaffen, einfachere Nachnutzung vorhandener Daten zu gewährleisten sowie verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen für Austausch und Kooperation festzulegen. Viele andere Kommunen stehen vor denselben Herausforderungen wie die LHW:

- Es fehlt häufig der **Überblick über vorhandene Datenbestände**, sodass Doppelarbeit und Informationslücken entstehen.
- Es gibt **keine übergeordneten Ansprechpersonen** bei Datenthemen.
- **Datenaustauschprozesse** sind meist **manuell** und nicht standardisiert.
- Ressourcen und Zuständigkeiten für **Datenmanagement** sind bislang nicht einheitlich definiert.
- Eine **dezentrale Datenhaltung** erschwert die **Zusammenführung** und **Nachnutzung** von Informationen.

Gleichzeitig gibt es in der Landeshauptstadt Wiesbaden bereits vielversprechende Ansätze, auf die aufgebaut werden kann. Beispiele aus der Geodaten- und Umweltverwaltung zeigen, dass **ämterübergreifende Datenlösungen** möglich sind und dank bidirektionaler Schnittstellen und gemeinsamer Datenbanksysteme spürbare Effizienzgewinne in der täglichen Datenarbeit erbringen können. Diese Erfahrungen bilden eine wertvolle Grundlage für den weiteren Aufbau eines **stadtweiten Datenmanagements**. Zukünftig sollen sich Ad-hoc-Datenanfragen durch zentrale Datenbereitstellung verringern, Rückfragen durch klare Metadaten und einheitliche Standards reduziert werden, Berichte sich dank vorgeprüfter Kennzahlen und Vorlagen schneller erstellen lassen, Medienbrüche durch integrierte Schnittstellen abgebaut werden und Mitarbeitende durch automatisierte Prüfungen und klare Zuständigkeiten Zeit gewinnen.

Darüber hinaus sorgt eine gemeinsame Datenstrategie für mehr **Transparenz in Entscheidungsprozessen**, erleichtert die **Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen** und **reduziert Doppelarbeit** durch einheitliche Standards. Sie schafft eine verlässliche Grundlage für Berichte und Analysen, stärkt die Nachvollziehbarkeit von Verwaltungsentscheidungen und unterstützt die effiziente Nutzung von Ressourcen. Für die Praxis bedeutet das kürzere Bearbeitungszeiten bei Auskunftspflichten und politischen Anfragen, klar geregelte Anfragewege, besser auffindbare Daten über zentrale Metadatenkataloge und strukturierte Feedbackschleifen, durch die Verbesserungen schneller in die tägliche Arbeit einfließen. Damit leistet sie einen wesentlichen **Beitrag zur Modernisierung der Verwaltung** und zur besseren Orientierung an den Bedürfnissen von Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitarbeitenden der LHW.

Die Datenstrategie knüpft an die bereits bestehenden positiven Entwicklungen an und schafft den organisatorischen und konzeptionellen Rahmen, um bestehende und künftige Datenaktivitäten zu bündeln. Sie formuliert gemeinsame **Leitprinzipien, Rollen und Standards**, an denen sich die Umsetzung der Dateninfrastrukturprojekte orientieren kann. So entsteht Schritt für Schritt eine integrierte Datenlandschaft, die den Austausch und die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung erleichtert und die Grundlage für datenbasiertes Verwaltungshandeln in der Landeshauptstadt Wiesbaden legt.

1.2 An wen richtet sich die Strategie?

Die Datenstrategie richtet sich an alle Einheiten der Wiesbadener Stadtverwaltung, ihre **komunalen Unternehmen und Partner**. Sie soll Orientierung geben, wie Daten im Alltag genutzt, geteilt und gesichert werden können - **unabhängig vom Fachbereich oder der Rolle**. Sie richtet sich an politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, die auf ihrer Grundlage datenbasierte Beschlüsse treffen können, sowie an öffentliche Akteure und Bürgerinnen und Bürger, die von Transparenz und Nachnutzung profitieren.

Die Strategie ist ein **Arbeits- und Lerndokument**. Sie formuliert gemeinsame **Grundsätze**, beschreibt konkrete Strukturen und bleibt offen für **Anpassungen und Weiterentwicklung**. Sie setzt auf Praxisnähe und regelmäßiges Feedback, damit Standards, Prozesse und Werkzeuge Schritt für Schritt reifen und in der Verwaltung breit anwendbar werden.

1.3 Leitprinzipien für den Umgang mit Daten in Wiesbaden

Die Landeshauptstadt Wiesbaden versteht Daten als eine ihrer zentralen **Ressourcen** - vergleichbar mit Personal, Finanzen oder Infrastrukturen. Daten sind Grundlage für evidenzbasierte Entscheidungen, effiziente Verwaltungsabläufe und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Daten ermöglichen es, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, Maßnahmen wirksam zu steuern und Politik und Verwaltung faktenbasiert zu beraten.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden stellt sich der Aufgabe, bestehende **Datensilos** aufzubrechen und den Zugang zu Daten - intern wie extern - transparent zu gestalten. Welche Daten sollen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen? Welche Daten werden ämterübergreifend geteilt? Welche bleiben verwaltungsintern? Und wie sieht die technische Infrastruktur aus, die diese Zusammenarbeit ermöglicht? Einen Antwortentwurf darauf gibt das folgende Kapitel - mit einem klaren Ziel: Daten sollen in Wiesbaden wirken.

Die folgenden **Leitprinzipien** beschreiben, wie die Stadt künftig mit der Ressource Daten umgeht - wie sie Daten nutzt, teilt und schützt. Sie orientieren sich an Empfehlungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie an

Erfahrungen anderer Städte, die zeigen: Eine erfolgreiche Datenstrategie braucht klare Leitprinzipien und eine starke Infrastruktur.²

Nutzenfokus und Wirksamkeit durch Daten

Datenaktivitäten werden gezielt gesteuert und ihr Erfolg daran gemessen, welchen konkreten Mehrwert ihre Nutzung für das Verwaltungshandeln, die Bürgerinnen und Bürger und die Politik schafft - alle sind potenziell Datennutzende. Die Stadt konzentriert sich dabei auf Anwendungsfälle (Use Cases) mit besonders hohem Nutzen - etwa Zeitersparnisse durch weniger Dopplungen, präzisere Investitionsentscheidungen bei Planungsmaßnahmen oder eine verständlichere Kommunikation durch informative Dashboards.

Wirkung nach außen - Gemeinwohlorientierung

Daten sollen ihren Wert dort entfalten, wo sie dem Gemeinwohl dienen. Sie werden im täglichen Verwaltungshandeln eingesetzt, um die Lebensqualität der Menschen in Wiesbaden zu erhöhen - etwa durch sichere Mobilität, gesunde Lebensräume, effiziente Verwaltung und transparente Entscheidungen. Die Datennutzung soll einen Nutzen für Bürgerinnen und Bürger stiften und so Vertrauen in das digitale Handeln der Stadt stärken.

Wirkung intern - Mehr Effizienz und evidenzbasierte Entscheidungen

Verwaltungsdaten werden dazu genutzt, dass Prozesse und Aufgaben effizienter durchgeführt werden können. Daten unterstützen dabei, Entscheidungen evidenzbasiert zu treffen und weniger Bauchgefühl walten zu lassen.

Datenkompetenz als Grundlage

Der kompetente Umgang mit Daten wird als Querschnittsaufgabe verstanden und systematisch in der Verwaltung verankert. Datenkompetenz ist keine Nischenaufgabe für Spezialistinnen und Spezialisten - alle Mitarbeitenden bauen ein grundlegendes Verständnis für Daten auf und erhalten dazu passende Angebote.

Anwendung des FAIR-Prinzips

Für Mitarbeitende sowie Bürgerinnen und Bürger sollen Daten leicht auffindbar, verständlich und mit ausreichendem Kontext bereitgestellt werden. Für technische Systeme sollen sie standardisiert, maschinenlesbar und über stabile Schnittstellen zugänglich sein. Maschinen wie Anwendungen, Datenplattformen oder KI-Systeme

² BBSR. Datenstrategien in Kommunen. Handlungsempfehlungen zur praktischen Umsetzung. 2023.

unterstützen die effiziente Auswertung, Verknüpfung und Automatisierung. Dafür müssen Daten eindeutig beschrieben und technisch anschlussfähig sein.

Die FAIR-Prinzipien geben die Richtung vor: Daten sollen auffindbar (Findable), zugänglich (Accessible), interoperabel (Interoperable) und nachnutzbar (Reusable) sein. Konkret bedeutet das eindeutige Identifikatoren und hochwertige Metadaten, klar geregelte Zugänge und Nutzungsrechte, offene und standardisierte Formate sowie eine konsistente Versionierung und nachvollziehbare Herkunftsangaben. So bleiben Daten für Menschen verlässlich nutzbar und für Maschinen robust integrierbar.

„Open per Default“

Verwaltungsdaten werden - wo immer möglich und sofern keine rechtlichen oder datenschutzrechtlichen Gründe dagegensprechen - offen zur Verfügung gestellt. Anonymisierte und nicht personenbezogene Daten werden ämterübergreifend geteilt, um Doppelarbeit zu vermeiden, Wissen zu vernetzen und Entscheidungen zu beschleunigen.

Datensouveränität

Die Landeshauptstadt Wiesbaden behält die Kontrolle über kommunale Datenbestände und legt die Rahmenbedingungen für deren Nutzung, Weitergabe und Schutz selbst fest. Datensouveränität bedeutet, dass die LHW jederzeit in der Lage bleibt, über die eigenen Daten zu verfügen - unabhängig von technischen Plattformen, Anbietern oder Dienstleistern. Bei neuen Partnerschaften mit Digitalanbietern wird bewusst auf herstellergebundene Lösungen verzichtet. Vertragsgestaltungen enthalten verbindliche Datennutzungsklauseln, die sicherstellen, dass Daten exportierbar, standardisiert und wiederverwendbar bleiben. Wo möglich, wird auf Open Source-Technologien und offene Standards gesetzt, um Transparenz, Interoperabilität und langfristige Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Datenschutz und Sicherheit

Der verantwortungsvolle Umgang mit Daten ist fester Bestandteil des täglichen Verwaltungshandelns in der Landeshauptstadt Wiesbaden und verbindet Datenschutz, Informationssicherheit und systematische Qualitätssicherung nach den Prinzipien der Open Data-Leitfäden. Datenschutz schützt die Rechte und Freiheiten Betroffener und sichert vertrauliche Informationen. Informationssicherheit gewährleistet Verfügbarkeit, Integrität und Vertraulichkeit der Systeme. Qualitätssicherung stellt durch Metadatenpflege, standardisierte Gütekriterien, automatisierte Validierungsregeln und dokumentierte Freigabeprozesse die Verlässlichkeit und Wiederverwendbarkeit der Daten sicher. Technisch und organisatorisch werden rollenbasierte Zugriffskonzepte, Pseudonymisierungs- und Anonymisierungsverfahren sowie regelmäßige Risiko- und Sicherheitsprüfungen umgesetzt. Verantwortlichkeiten für Datenschutz,

Informationssicherheit und Datenqualität werden klar zugewiesen und durch regelmäßige Fortbildungen und operationalisierte Prozesse kontinuierlich gestärkt, sodass Transparenz, Sicherheit und Nutzbarkeit in der digitalen Verwaltung Hand in Hand gehen.

Nachhaltige und effiziente Datennutzung

Daten in der Landeshauptstadt Wiesbaden werden so gepflegt, dass sie langfristig nutzbar, mehrfach wiederverwendbar und technisch anschlussfähig bleiben. Ihre Herkunft, Qualität und Nutzung werden nachvollziehbar dokumentiert, um Vertrauen und Transparenz zu sichern. Wo Daten mehrfach angefragt werden, soll die Bereitstellung automatisiert erfolgen. Gleichzeitig werden Redundanzen vermieden, indem Daten zentral gepflegt und nach dem Prinzip des „Single Point of Truth“ verwaltet werden. So entstehen belastbare, effiziente und zukunftsfähige Datengrundlagen für Entscheidungen und Innovationen.

Abgeleitet von den neun Leitprinzipien wird das **Verhältnis von offenen Daten und geschlossenen Verwaltungsdaten** genauer erläutert. Darauf aufbauend wird das Zielbild für Ausschnitte der städtischen Dateninfrastruktur beschrieben, die die technologische Grundlage zur praktischen Umsetzung der Leitprinzipien bietet.

1.4 Verhältnis Offene Daten (Open Data) und verwaltungsinterne Daten

Die meisten offenen Daten waren einmal interne Verwaltungsdaten. Der Weg zu mehr Offenheit beginnt also in der Verwaltung selbst - mit einer **gemeinsamen Haltung**, klaren Prozessen und geeigneten Infrastrukturen. Die Stadt Wien formuliert dafür den Leitsatz „**so offen wie möglich, so geschützt wie nötig**“. Auch die Landeshauptstadt Wiesbaden folgt diesem Prinzip: Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu „**Open per Default**“ legt fest, dass Daten grundsätzlich offen gelegt werden, sofern keine rechtlichen, sicherheitsrelevanten oder datenschutzrechtlichen Gründe entgegenstehen. Klare Prüfkriterien, die durch das **Amt für Statistik und Stadtforschung** in einem **Qualitätssicherungsprozess** definiert sind (siehe Kapitel 1.5 Städtische Dateninfrastruktur), sorgen dafür, dass dieses Leitprinzip einfach in die Arbeit mit Daten integriert werden kann. Bei der Geheimhaltung und Anonymisierung von statistischen Daten wird auf die langjährigen **Erfahrungen der abgeschotteten Statistikstelle** der Landeshauptstadt Wiesbaden aufgebaut.

Über bestehende Plattformen wie das Geodatenportal oder den Digitalen Zwilling werden aktuell schon zahlreiche Datensätze offen bereitgestellt und interaktiv nutzbar gemacht. Ziel ist es, den **Anteil offener Daten schrittweise zu erhöhen**, indem interne Datenbestände nach und nach überprüft, anonymisiert und - sofern möglich - veröffentlicht werden. Gleichzeitig gilt es, die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und den Datenschutz uneingeschränkt sicherzustellen.

Dafür werden **Infrastrukturen geschaffen**, die diese Balance ermöglichen: Systeme, die **Rollen- und Rechtekonzepte**, **Lizenzmodelle** und **Zugriffssteuerungen** abbilden, und zugleich eine technische Basis bieten, um Daten sicher, standardisiert und nachvollziehbar zugänglich zu machen. So wächst aus internen Verwaltungsdaten schrittweise ein öffentlich nutzbarer Wissensraum - als Beitrag zu Transparenz, Innovation und einer vernetzten, lernenden Stadtverwaltung.

Definition: Offene Daten (Open Data)

Offene Verwaltungsdaten sind Datenbestände der öffentlichen Hand, die zum Nutzen der Allgemeinheit und zur Effizienzsteigerung der Verwaltung **frei zugänglich und ohne Nutzungseinschränkungen** bereitgestellt werden. Dazu gehören beispielsweise Statistiken, Geodaten, Karten, Umwelt- und Wetterinformationen, Parlamentsunterlagen, Haushaltsdaten und viele weitere. Ausgenommen sind ausdrücklich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie urheberrechtlich geschützte Inhalte. In Hessen bildet das Hessische Open Data Gesetz (HODaG)³ die rechtliche Grundlage für die Verwaltung, welche Datenbestände in welcher Form bereitzustellen sind.

1.5 Städtische Dateninfrastruktur

Der **Interne Datenraum** und die **Open Data Plattform** befinden sich im Aufbau und ergänzen künftig die bestehende IT-Landschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden. Die Datenstrategie bildet das Fundament und definiert Richtlinien, Rollen, Rechte sowie Qualitäts-, Sicherheits- und technische Standards und knüpft an die vorhandene, überwiegend dezentrale Datenhaltung der LHW an. Die Architektur unterscheidet den Internen Datenraum mit eingeschränktem Zugriff für verwaltungsinterne Vorgänge von der Open Data Plattform für frei verfügbare Verwaltungsdaten. Beide Plattformen sind so konzipiert, dass sie sowohl interne als auch externe Anwendungen bedienen können. Der Interne Datenraum versorgt fachliche Anwendungen und Prozess-Tools direkt und stellt bei Bedarf publizierbare, standardisierte Datensätze bereit. Die Open Data Plattform stellt standardisierte, dokumentierte Datensätze für öffentliche Dashboards, Drittanbieter und interne Auswertungen zur Verfügung.

³ [Bürgerservice Hessenrecht - § 1 HODaG | Landesnorm Hessen | Bereitstellung von offenen Daten | § 1 - Bereitstellung von offenen Daten](#)

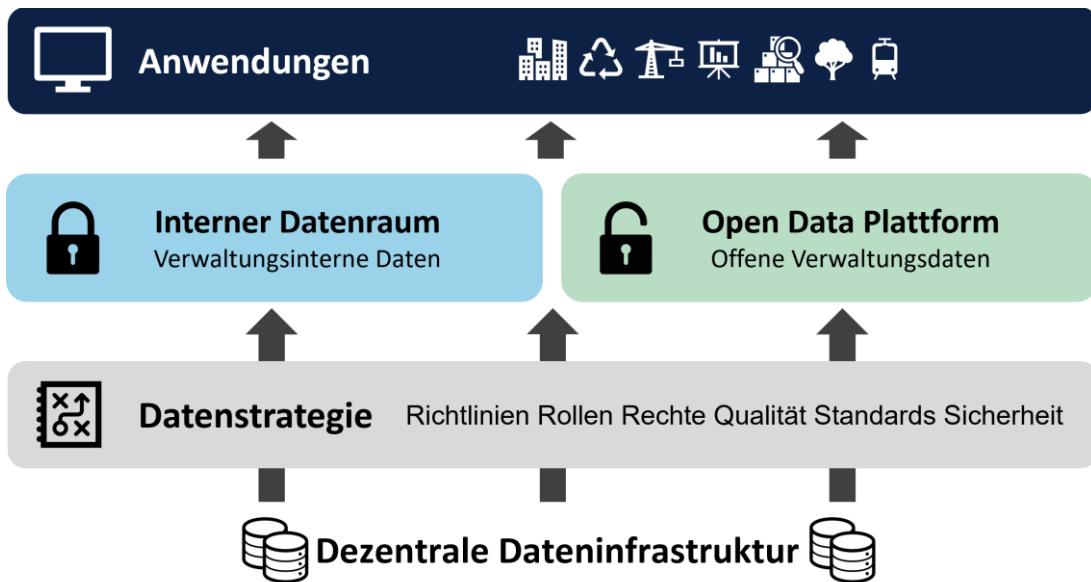


Abbildung 1: Verhältnis Interner Datenraum und Open Data Plattform

Aspekt	Interner Datenraum	Open Data Plattform
Zielgruppe	Mitarbeitende der Stadtverwaltung, Fachämter, kommunale Beteiligungen	Öffentlichkeit, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft
Zweck	Sicherer und effizienter Austausch sensibler und interner Daten innerhalb der Verwaltung	Bereitstellung offener, nicht-personenbezogener Daten für Transparenz, Innovation und Beteiligung
Mehrwert für die Stadt	Bessere Zusammenarbeit, geringerer Aufwand für Datenaustausch, höhere Datensicherheit	Erhöhte Transparenz, Innovationsförderung, bessere Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern
Datentypen	Interne, teilweise vertrauliche Daten (z. B. aus Fachverfahren)	Offene, anonymisierte oder aggregierte Daten (z. B. Umwelt-, Haushalts-, oder Mobilitätsdaten)
Zugriff	Nur für berechtigte Nutzende nach Rollen- und Rechtekonzept	Öffentlich, frei zugänglich über Webportal
Datenzufluss	Automatisierte Schnittstellen oder manuelle Uploads	Automatisierte Schnittstellen, manuelle Uploads oder externe Datenquellen (z. B. nationale Datenbanken)
Beispielhafte Nutzung	Zusammenführung von Baumdaten aus verschiedenen Fachverfahren für interne Analysen („Single Point of Truth“)	Veröffentlichung der Haushaltsdaten für mehr Transparenz und datenbasierte Bürgerinformation
Sicherheitsfokus	Zugriffsschutz, Datenschutz, Berechtigungsmanagement	Datenqualität, Integrität, Verfügbarkeit

Perspektivisch sollen u. a. das Geoportal, der Digitale Zwilling und das softwaregestützte Verwaltungssystem für Liegenschaften CAFM (Computer Aided Facility Management) der LHW technisch und organisatorisch angebunden werden, damit Daten konsistent fließen, interne Abläufe gestärkt werden und relevante Datensätze sowohl intern genutzt als auch extern nachgenutzt werden können.

Führende Plattformen

Die Auswahl der führenden Plattformen im Rahmen ihres Einsatzzwecks und ihre künftige verpflichtende Nutzung durch Ämter, Gesellschaften und Eigenbetriebe ist keine abschließende Festlegung, sondern ein Startpunkt für die schrittweise **Konsolidierung der Plattformlandschaft** bei datenbezogenen Vorhaben. Die Festlegung führender Systeme reduziert Redundanzen, stärkt Interoperabilität, vereinfacht Governance und Sicherheit und schafft klare Verantwortlichkeiten für Betrieb, Weiterentwicklung und Schnittstellen. Eine gezielte Konsolidierung hilft zudem, Wissen zu bündeln, Skaleneffekte zu erzielen und die Nutzbarkeit von Daten für interne Prozesse sowie die externe Nachnutzung nachhaltig zu verbessern.

Der **Interne Datenraum** stellt für die Landeshauptstadt Wiesbaden die führende Plattform für die sichere Bereitstellung und den interoperablen Austausch von Verwaltungsdaten dar. Er bündelt Zugriffs- und Berechtigungssteuerung, Metadatenmanagement und standardisierte Schnittstellen und ermöglicht so kontrollierte, datenschutzkonforme Verfügbarkeit intern genutzter Datensätze.

Der **Digitale Zwilling** Wiesbaden wird als führendes System für raumbezogene Daten in der externen Kommunikation der Landeshauptstadt Wiesbaden weiterentwickelt. Er fungiert als zentrale Visualisierungsplattform für öffentlich zugängliche, raumbezogene Daten. Der Digitale Zwilling unterstützt transparente Bürgerkommunikation, Planungsprozesse und die Integration raumbezogener Use Cases durch vereinheitlichte Geodatenmodelle und Visualisierungskomponenten.

Die **Open Data Plattform** fungiert als zentraler Zugangspunkt für frei verfügbare städtische Daten und macht diese auffindbar, verständlich und nutzbar. Sie bündelt Metadaten, maschinenlesbare Dateiformate und eindeutige Lizenzangaben, um die Wiederverwendung zu erleichtern. Damit schafft die Open Data Plattform Transparenz, fördert interoperable Datennutzung, unterstützt Forschung, Innovation und zivilgesellschaftliche Projekte und trägt insgesamt zur wirtschaftlichen und verwaltungsinternen Wertschöpfung aus öffentlichen Daten bei.

1.5.1 Interner Datenraum

Der Interne Datenraum soll als zentrales Element der IT-Infrastruktur für den sicheren und effizienten Austausch von Daten zwischen verschiedenen kommunalen Akteuren dienen. Er ist die erste zentrale Komponente der **städtischen Dateninfrastruktur**.

Was ist der Nutzen?

Der Interne Datenraum ist vor allem für die interne Nutzung innerhalb der Stadtverwaltung vorgesehen und ermöglicht den sicheren Austausch auch sensibler und schützenswerter Daten. Er richtet sich nicht an externe Akteure oder die Öffentlichkeit, sondern stärkt den verantwortungsvollen Umgang und die Zusammenarbeit mit Daten in

der Verwaltung, zwischen den Fachämtern. Datensätze aus dem internen Datenraum können für eine Veröffentlichung auf der Open Data Plattform (vgl. 1.5.1) vorgesehen werden, sofern sie die durch den Open Data Beauftragten koordinierten Prüfverfahren durchlaufen haben.

Wie kommen Daten in den Internen Datenraum?

Daten sollen entweder über automatisierte Schnittstellen oder durch manuelle Uploads integriert werden, so dass eine zentrale Übersicht für Datenbestände aus verschiedenen Ämtern geschaffen wird, auf die zudem alle Personen mit den entsprechenden Rechten zugreifen können. Dazu gehören u. a. Daten aus verschiedenen Fachverfahren und CAFM-Systemen. Als Grundlage für Prüfverfahren zur Qualitätssicherung sind die unter Kapitel 1.5.2 aufgeführten Leitfäden zu beachten.

Worauf gibt der Interne Datenraum Antworten?

Das Problem des fehlenden Überblicks über vorhandene Daten und der fehlenden Möglichkeiten für den Datenaustausch werden über den Internen Datenraum direkt adressiert und können in Begleitung der entsprechenden Strategie langfristig gelöst werden.

Ein ausgereiftes Rollen- und Rechtesystem wird im Zugriffs- und Berechtigungsmanagement dafür Sorge tragen, dass der Zugang bei Bedarf auch auf z. B. auf Dezernats-, Ämter- oder Fachbereichsebene eingeschränkt werden kann.

Möglicher Anwendungsfall: Baumregisterdaten

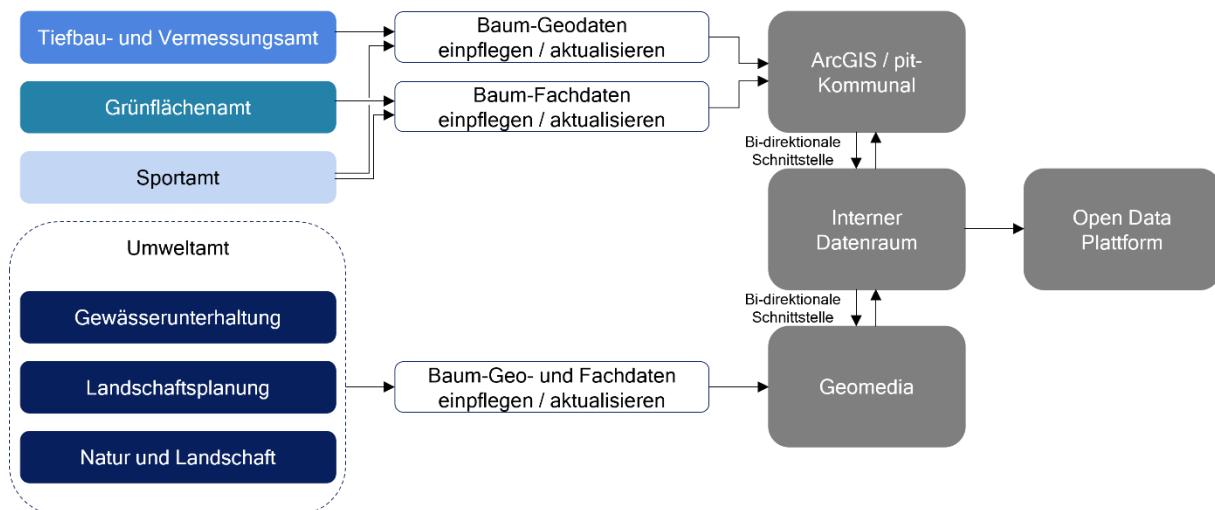


Abbildung 2: Beispiel anhand von Baumdaten - Wie der interne Datenraum als Data Warehouse fungieren kann

Bei Baumregisterdaten pflegen die städtischen Fachämter ihre **Geo- und Fachdaten** in unterschiedlichen Systemen wie ArcGIS, pit-Kommunal oder Geomedia. Die Datenhaltung verbleibt dezentral in den Fachsystemen. Der Interne Datenraum fungiert

künftig als integratives Data Warehouse, das die verschiedenen Systeme über standardisierte Schnittstellen miteinander verbindet und konsolidierte Sichtweisen bereitstellt.

Technisch bedeutet das: **Schnittstellen** übertragen **Metadaten** und ausgewählte **Fachdaten** automatisiert in den Internen Datenraum. Vorgeschaltete Prüfprozesse stellen die Metadatenqualität der Datenbestände sicher. Operative Änderungen verbleiben primär in den Fachsystemen, während der Interne Datenraum als „Single Point of Truth“ für bereichsübergreifende Auswertungen, Berichte und Veröffentlichungen fungiert.

Organisatorisch schafft das beschriebene Modell mit Blick auf die im Folgenden beschriebenen Rollen klare **Verantwortlichkeiten**: Die Fachämter bleiben für die korrekte Erfassung und laufende Pflege ihrer Daten zuständig. Das Datenmanagement auf Fachamtsebene koordiniert Schnittstellen, betreibt die technische Konsolidierung im Internen Datenraum und implementiert Qualitätsprüfungen. Die Datenkoordination stellt fachliche Standards, Freigabe- und Eskalationsregeln sicher, priorisiert bereichsübergreifende Vorhaben und bereitet Entscheidungsvorlagen für das Steuerungsgremium vor. So entsteht für Anwenderinnen und Anwender, etwa planende Ämter, ein verlässlicher Zugang zu Baumdaten, unabhängig davon, in welchem Fachsystem die Ursprungsdaten liegen.

1.5.2 Open Data Plattform

Die Open Data Plattform bildet die zweite zentrale Komponente der **städtischen Dateninfrastruktur** und ergänzt den Internen Datenraum um die externe Perspektive. Sie ist ausschließlich für offene, nicht personenbezogene Daten vorgesehen und macht diese über die Open Data Plattform öffentlich zugänglich. Diese Daten müssen die Qualitätssicherung und Anonymisierung nach den Standards der abgeschotteten Statistikstelle (angesiedelt im Amt für Statistik und Stadtforschung) und die Validierung der Metadaten nach DCAT-AP.de-Standard durchlaufen.

Was ist der Nutzen?

Die Open Data Plattform schafft **Transparenz** und fördert **Innovation** - innerhalb der Verwaltung ebenso wie in Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtgesellschaft. Sie ermöglicht den freien Zugang zu Daten, die bisher nur intern genutzt wurden, und macht diese für vielfältige Anwendungen nutzbar: von Forschungsprojekten über digitale Services bis zu datenbasierten Beteiligungsformaten.

Damit unterstützt sie den „**Open per Default**“-Beschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie die EU-Richtlinie (2019/1024) über offene Daten und die

Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors⁴, welche Behörden zur Bereitstellung nicht sensibler Daten verpflichtet. Die Plattform ist somit kein ergänzendes „Nice-to-Have“, sondern ein notwendiger Baustein, der den Blick nach außen öffnet und Offenheit als Teil des Verwaltungshandelns verankert.

Wie kommen Daten auf die Plattform?

Vor der **Veröffentlichung** werden Datensätze nach klaren **Kriterien** geprüft: Sind sie personenbezogen, sicherheitsrelevant oder urheberrechtlich geschützt, bleiben sie intern. Alle anderen - also anonymisierte, aggregierte oder unkritische Daten - werden nach dem Prinzip „so offen wie möglich, so geschützt wie nötig“ bereitgestellt. Der Freigabeprozess wird durch verbindliche Prüfschritte (siehe „Qualitätssicherung“ unten) und die Open Data-Leitfäden unterstützt:

- für standardisierte Datensatzbeschreibung (verwaltungsintern)
- für technische Spezifikationen (öffentliche)
- für rechtssichere Veröffentlichung (verwaltungsintern)
- für technische Schnittstellen (öffentliche)
- Kerndatensätze-Leitfaden für ausgewählte Datensätze nach Kategorien (öffentliche)

Alle Open Data Leitfäden werden über das verwaltungsinterne Wissensmanagement gepflegt. Die bereits öffentlich verfügbaren Leitfäden sind über wiesbaden.de abrufbar.⁵

Die Daten gelangen auf die Plattform über verschiedene Wege:

- Direkte Schnittstellen aus Fachverfahren, Fachämtern oder dem Internen Datenraum, bei Bedarf ergänzt um Schritte zur Anonymisierung oder Aggregation,
- manuelle Uploads durch Fachämter, wenn keine automatisierten Prozesse bestehen
- sowie automatisiertes Harvesting externer Quellen, etwa aus supranationalen oder bundesweiten Datenkatalogen wie GovData, mCLOUD oder dem European Data Portal.

Durch dieses **Zusammenführen externer und lokaler Daten** entsteht für die Landeshauptstadt Wiesbaden und seine Akteure ein wesentlicher Mehrwert: Alle für die LHW

⁴ Richtlinie (EU) 2019/1024 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/LSU/?uri=CELEX:32019L1024>

⁵ Open Data Leitfäden, öffentlicher Zugang: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/stadtportraet/open-data/leitfaeden>

relevanten offenen Daten - ob lokal erzeugt oder extern veröffentlicht - werden an einem Ort sichtbar und durchsuchbar.

Ein zentrales Element dabei ist das **Metadatenmanagement**. Jeder Datensatz wird mit standardisierten Metadaten beschrieben (Quelle, Aktualität, Format, Lizenz, Zuständigkeit, Nutzungseinschränkungen), die in einem Metadatenkatalog gepflegt werden. So können Nutzerinnen und Nutzer die Daten besser finden, vergleichen und bewerten - und die Verwaltung behält gleichzeitig den Überblick über alle veröffentlichten Bestände.

Das Datenmanagement der Open Data Plattform (Data Provider Interface, DPI) führt durch strukturierte Eingabemasken und trennt Pflicht- und optionale Felder klar. Kontrollierte Vokabulare gewährleisten die Konsistenz der Metadaten.

Worauf gibt die Plattform Antworten?

Die Open Data Plattform beantwortet Fragen wie: Welche **Datenbestände** sind in Wiesbaden öffentlich verfügbar? In welchem **Format** und mit welcher **Lizenz** können sie genutzt werden? Welche **Ämter** oder **Beteiligungen** stellen Daten bereit, und wie **aktuell** sind sie?

Sie bietet damit einen Überblick über die offenen Daten der Stadt, erleichtert deren Nachnutzung und schafft die Grundlage für datengetriebene Projekte in Verwaltung, Forschung und Wirtschaft.

Anwendungsfall: Haushaltsdaten - Haushaltsplanung transparent gemacht

Die Kämmerei der LHW publiziert regelmäßig ausführliche Informationen über die kommunale **Haushaltsplanung und -kontrolle**. Die darin enthaltenen Daten bilden einen wertvollen Baustein für kommunale Transparenz.

Mithilfe von teilautomatisierter Datentransformation können die Haushaltsdaten nun auch in **maschinenlesbaren Formaten** bereitgestellt werden. Aufbereitet auf der Open Data Plattform ermöglichen diese Daten Bürgerinnen und Bürgern direkten Einblick in die kommunale Finanzplanung, unterstützen Medien bei datenbasierter Berichterstattung und schaffen Vergleichsmöglichkeiten für Forschungseinrichtungen. Gleichzeitig können wiederkehrende Anfragen zu Finanzdaten automatisiert beantwortet werden.

Sicherheitsaspekte

Da auf der Open Data Plattform ausschließlich nicht-sensible, freigegebene Daten bereitgestellt werden, liegt der Schwerpunkt weniger auf Zugriffsschutz, sondern auf **Datenqualität, Integrität und Verfügbarkeit**. Die Plattform erfüllt die Empfehlungen des BSI-Grundschutzes hinsichtlich Datenintegrität und Verfügbarkeit und trägt damit zur Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit der Datenbereitstellung bei.

Die fachliche Prüfung und Freigabe von Datensätzen für die Open Data Plattform erfolgt durch den **Open Data Beauftragten der Landeshauptstadt Wiesbaden** (angesiedelt im Amt für Statistik und Stadtforschung). Der Open Data Beauftragte stellt sicher, dass alle zu veröffentlichten Daten den rechtlichen Anforderungen entsprechen und nach den etablierten Prüfverfahren der abgeschotteten Statistikstelle auf Anonymisierung und statistische Geheimhaltung geprüft wurden. Der Open Data Beauftragte koordiniert hierzu eng mit den Datenverantwortlichen der Fachämter, dem behördlichen Datenschutzbeauftragten und dem Informationssicherheitsbeauftragten. Ergänzend werden Metadaten auf Vollständigkeit und Konformität zum DCAT-AP.de-Standard validiert, um die Auffindbarkeit und Interoperabilität der Daten sicherzustellen.

Qualitätssicherung

Die LHW nutzt etablierte **Qualitätssicherungsverfahren** aus der amtlichen Statistik für Open Data. Amt 12 verfügt über eine abgeschottete Statistikabteilung mit jahrzehntelanger Erfahrung in Geheimhaltung und Anonymisierung.

- Jeder Datensatz durchläuft diese mehrstufige Qualitätskontrolle vor Veröffentlichung:
- Primärsperrung: Inhaltliche Prüfung auf Geheimhaltung und adäquate Lizenzierung durch Fachbereich und Open Data Beauftragten.
- Sekundärsperrung: Prüfung auf indirekte Rückschlüsse z. B. auf personenbezogene Rückschlüsse durch Datenverschneidung im Gesamtkontext des Datenkatalogs.
- Technische Validierung: Prüfung der Datenformate und Metadaten anhand der Open Data Leitfäden.
- Datentransformation (z. B. mit FME-Plattform): Teilautomatisierte Datentransformation für fachbereichsspezifische sowie einheitliche Bereitstellung
- Quartalsweise Detailprüfung des gesamten Datenkatalogs.

1.5.3 Digitaler Zwilling

Der Digitale Zwilling Wiesbaden bildet die dritte zentrale Komponente der städtischen Dateninfrastruktur und ergänzt den Internen Datenraum und die Open Data Plattform um eine zentrale **Visualisierungsplattform** für öffentlich zugängliche, raumbezogene Daten.

Was ist der Nutzen?

Der Digitale Zwilling dient als zentrales Werkzeug, um städtische Daten, räumlich sichtbar zu machen, fachübergreifend zu verknüpfen und Planungs- sowie Entscheidungsprozesse transparenter und effizienter zu gestalten.

Für **Verwaltung, Politik und erweiterte Stadtgesellschaft** liefert der Digitale Zwilling Wiesbaden eine fundierte Datengrundlage, die schnelle und sichere Entscheidungen

u.a. bei Bau- und Infrastrukturvorhaben ermöglicht. Risiken und Konflikte sollen künftig frühzeitig erkannt werden, etwa durch Simulationen von Schattenwurf, Hochwasser oder Verkehrsbelastung. 2D-, 3D- und Schrägluftbild-Ansichten von Gebäuden, Straßenräumen und Freiflächen ermöglichen die Betrachtung im Kontext der bestehenden Umgebung, während Simulationswerkzeuge die Prüfung alternativer Planungsvarianten und die frühzeitige Erkennung möglicher Konflikte unterstützen. Gleichzeitig erleichtert der Digitale Zwilling die Abstimmung zwischen Fachbereichen und fördert eine integrierte Stadtplanung.

Für **Bürgerinnen und Bürger** schafft der Digitale Zwilling Wiesbaden Transparenz und Nachvollziehbarkeit, erleichtert die Planung eigener Vorhaben und die Orientierung in der Stadt. Die Visualisierung komplexer Zusammenhänge, wie zum Beispiel Wechselwirkungen zwischen Bebauung, Verkehr, Umwelt und Bevölkerung, unterstützt die Teilhabe an Planungsprozessen und macht nachvollziehbar, wie sich die Umgebung verändern kann.

Perspektivisch ermöglicht der Digitale Zwilling auch „Was-wäre-wenn“-Szenarien für Stadtentwicklung, Verkehrsplanung oder Klimaanpassung, sodass Maßnahmen im Voraus bewertet, mögliche Risiken erkannt und fundierte Entscheidungen getroffen werden können.

Der Digitale Zwilling Wiesbaden ist auf vielfältige Weise **interoperable vernetzbar**: Die Visualisierungsplattform bietet Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit, das Informationsangebot flexibel zu erweitern, indem interne wie externe verfügbare Datenkataloge des Bundes, Landes oder der EU zusätzlich angebunden werden können. Ausgewählte Ansichten des Digitalen Zwilling können themenbezogen auf [wiesbaden.de](#) verknüpft werden. Außerdem ist eine direkte Integrität des Digitalen Zwilling innerhalb der Open Data Plattform möglich.

Wie kommen Daten in den Digitalen Zwilling?

Die Integration der Daten in den Digitalen Zwilling erfolgt durch die fachlich verantwortlichen Ämter in Zusammenarbeit mit dem internen Entwicklerteam im Rahmen eines abgestimmten Prozesses. Diese identifizieren relevante Datenquellen, melden ihren Bedarf strukturiert an das Projektteam und durchlaufen anschließend einen definierten Daten-Bewertungsprozess. Dieser orientiert sich an zentralen Prüfkriterien wie Relevanz und Nutzen, Datenqualität, Interoperabilität, Datenschutz, Informationssicherheit sowie Governance-Konformität. Nach erfolgreicher Prüfung werden die Daten gemäß festgelegten Standards technisch in den Digitalen Zwilling Wiesbaden integriert.

Zukünftig sollen Daten in der Regel über automatisierte, interoperable Schnittstellen aus bestehenden Plattformen, wie dem Urbanen Datenraum oder der Open Data Plattform, eingespeist werden. Im Rahmen des Rollen- und Verantwortlichkeitsmodells obliegt die kontinuierliche Pflege und Aktualisierung der Daten weiterhin den zuständigen

Fachämtern. Für die selbstständige Pflege und Aktualisierung räumlicher Geodaten wird von dem Sachgebiet Geoinformation, Tiefbau- und Vermessungsamt, das bestehende Geoportal zur Verfügung gestellt. Das Geoportal ist über Schnittstellen interoperabel mit dem Digitalen Zwilling. Ziel ist der Aufbau einer zentralen, konsistenten und vertrauenswürdigen Datenbasis für den Digitalen Zwilling, die sowohl interne Entscheidungsprozesse stärkt als auch transparente und hochwertige Datenvisualisierungen für die Öffentlichkeit ermöglicht.

Worauf gibt der Digitale Zwilling Antworten?

Der Digitale Zwilling liefert zentrale Informationen zur Stadtplanung und macht die Auswirkungen geplanter Maßnahmen auf Stadtklima, Hochwasser- und Verkehrsrisiken sowie auf das Stadtbild transparent. Darüber hinaus werden Potenziale für Photovoltaik und Wärmeversorgung, vorhandene Infrastruktur und städtische Angebote sichtbar.

Der Digitale Zwilling beantwortet zentrale Fragestellungen, darunter beispielsweise:

- Welche Auswirkungen haben geplante Neubauten auf Licht, Schatten und Stadtklima?
- Wie verändern sich Verkehrsflüsse und Aufenthaltsqualitäten durch geplante Maßnahmen?
- Welche Potenziale bestehen für Photovoltaik auf Dach-, Wand- oder Frei-Flächen, und wie wirtschaftlich ist eine Anlage auf einem Gebäude oder einer Freifläche?
- Welche Möglichkeiten und Potenziale bestehen für die Wärmeversorgung der Stadt unter Berücksichtigung bestehender Infrastrukturen und geplanter Maßnahmen?

Der Digitale Zwilling stellt aktuelle Informationen zu Verkehr und Infrastruktur bereit, beispielsweise zu Bewohnerparken, E-Ladesäulen, Radverkehr oder dem ESWE-Netzplan. Außerdem werden kulturelle, soziale und Freizeitangebote sichtbar, darunter Familienangebote, Schulen, Schulbezirke, Bibliotheken und Kulturräume.

Durch die zentrale Visualisierung und Aufbereitung dieser Daten unterstützt der Digitale Zwilling die strategische Planung der Stadt, erleichtert die Nachvollziehbarkeit für Bürgerinnen und Bürger und fungiert als zentrale Visualisierungsplattform für öffentlich zugängliche, raumbezogene Daten.

Anwendungsfall: Stadtentwicklung und Bauvorhaben

Bei Bau- und Infrastrukturprojekten unterstützt der Digitale Zwilling Wiesbaden die Verwaltung und planenden Stellen, indem er frühzeitig visualisiert, wie sich geplante Vorhaben auf das Stadtbild auswirken könnten. In 2D-, 3D- und Schrägluftbild-Ansichten

können Gebäude, Straßenräume und Freiflächen im Kontext der bestehenden Umgebung betrachtet werden.

Simulationswerkzeuge, wie z.B. für Schattenwurf oder Hochwasser, ermöglichen es, mögliche Konflikte oder Risiken bereits vor der Umsetzung zu erkennen und alternative Planungsvarianten zu prüfen.

Für die Bürgerinnen und Bürger wird so transparenter, wie sich ihre Umgebung verändern kann, und Planungen lassen sich leichter nachvollziehen.

1.5.4 FME-Plattform

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat zur Unterstützung der Mitarbeitenden ein stadtweites Lizenzkontingent der FME-Plattform (Feature Manipulation Engine) für die kommenden Jahre beschafft und startet in Kürze den stadtweiten Rollout. Die FME-Plattform bietet eine No-Code/Low-Code-Umgebung zur **Integration, Transformation und Automatisierung von Datenflüssen** und erlaubt es, heterogene Formate aus z. B. GIS, CAD, BIM, Datenbanken, Excel-Dateien, PDF-Exports und proprietären Systemen in strukturierte, maschinenlesbare Datensätze zu überführen. Dadurch lassen sich nicht maschinenlesbare Bestände wie Tabellen in PDFs, uneinheitliche Excel-Tabellen mit mehreren Arbeitsblättern oder komplexe CAD-Pläne automatisiert extrahieren und in standardisierte, interoperable Formate konvertieren. Die FME-Plattform dient als **Integrationsschicht**, die zwischen den vorhandenen Systemen vermittelt und Daten automatisch übersetzt, sodass Ämter und Fachbereiche ihre bestehenden Anwendungen und Abläufe nicht grundlegend ändern müssen. Stattdessen werden Daten an einer zentralen Stelle harmonisiert, validiert und mit Metadaten angereichert, so dass sie unmittelbar im künftigen Internen Datenraum, Open Data Plattform oder andere Anwendungen bereitgestellt werden können. Für die Landeshauptstadt Wiesbaden entstehen dadurch direkte Vorteile: verbesserte Datenqualität, konsistente Schnittstellen, automatisierte Bereitstellung für interne Fachanwendungen und öffentliche Dienste sowie wiederverwendbare, dokumentierte Workflows, die Transferfähigkeit und Skalierbarkeit sichern. Begleitend zum Rollout werden Schulungsangebote für Mitarbeitende bereitgestellt. Fachbereiche, die frühzeitig einsteigen oder ein konkretes Integrationsvorhaben planen möchten, können sich vorab per E-Mail an SmartCity@wiesbaden.de wenden.

2 Handlungsrichtlinie für die Data Governance

Während die Leitprinzipien in Kapitel 2 die **Grundpfeiler** für den Umgang mit Daten in der Landeshauptstadt Wiesbaden beschreiben - also das „Was“ und „Warum“ -, geht es in diesem Kapitel stärker um das „Wie“: Wie werden diese Prinzipien im Alltag der Verwaltung umgesetzt? Welche Strukturen, Rollen und Prozesse braucht es, damit Datenmanagement dauerhaft funktioniert und Verantwortung klar verankert ist?

Die **Handlungsrichtlinien** sind als **richtungsweisende Grundlage** gedacht und sollen unter Einbezug praktischer Erkenntnisse verhandelt, präzisiert und schrittweise umgesetzt werden. So lässt sich sicherstellen, dass die strategischen Grundsätze der Datenstrategie eng mit ihrer praktischen Anwendung verzahnt bleiben. Im Mittelpunkt steht der Aufbau einer wirksamen **Data Governance**: also eines organisatorischen Rahmens, in dem Verantwortlichkeiten, Entscheidungswege und Befugnisse für den Umgang mit Daten eindeutig geregelt sind. Für diese Ziel werden konkrete Handlungsempfehlungen für die Organisation der Datenarbeit in der Stadtverwaltung gegeben, Zuständigkeiten sowie notwendige Kompetenzen beschrieben und es wird gezeigt, wie Verwaltungseinheiten, Mitarbeitende und externe Partner systematisch eingebunden werden können. Darüber hinaus werden Instrumente für Metadatenmanagement, Schulung und Kulturwandel sowie Kooperation mit internen und externen Akteuren vorgestellt.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden entwickelt sich Schritt für Schritt zu einer datenkompetenten, vernetzten und lernenden Verwaltung.

2.1 Organisatorischer Rahmen und Rollen - Data Governance und Datenmanagement

Die Data Governance der Landeshauptstadt Wiesbaden legt die **Regeln, Entscheidungswege und Verantwortlichkeiten** verbindlich fest, um die operative Zusammenarbeit Umgang mit städtischen Daten zu steuern. Ziel ist, die Erzeugung, Pflege und Nutzung von Daten so zu organisieren, dass sie für das tägliche Verwaltungshandeln, die politische Steuerung und die öffentliche Nutzung wirksam, verlässlich, nachvollziehbar und rechtssicher einsetzbar sind. Die Data Governance enthält verwaltungsübergreifende Fachdomänen, eine verbindliche Rollen- und Gremienstruktur, ihre Aufgaben sowie das empfohlene Vorgehen zur schrittweisen Einführung.

2.1.1 Fachdomänen

Um die fachliche Verantwortung der neuen Rollen in der Data Governance klar zuzuordnen und Querschnittsfragen systematisch zu adressieren, gliedert die Landeshauptstadt Wiesbaden ihre Datenlandschaft in fachliche Domänen. Diese **Domänen** sollen künftig Ämter, Eigenbetriebe und Gesellschaften anhand ihrer Kernaufgaben in der Landeshauptstadt Wiesbaden bündeln, **unabhängig von bestehenden Dezernatszuschnitten**. Sie erleichtern so die konsistente inhaltliche Pflege, die Definition gemeinsamer Standards sowie die bereichsübergreifende Nachnutzungen von Daten. Zugleich schaffen sie bessere Voraussetzungen für standardisierte Vereinbarungen, transparente Verantwortungswege und eine skalierbare Governance-Architektur, durch die Datenzugang, Qualitätsanforderungen und Steuerungsziele kohärent geregelt werden können.

Für die Landeshauptstadt Wiesbaden sind die folgenden sieben Domänen vorgesehen:

Bezeichnung	Beschreibung
Allgemeine Verwaltung	Innerhalb dieser Domäne sind die zentralen Steuerungs-, Unterstützungs- und Infrastrukturfunktionen versammelt, die das Verwaltungshandeln in der Landeshauptstadt Wiesbaden ermöglichen. Dazu gehören Leitung, interne Koordination, Grundlagen für Entscheidungen und Plattformen für verwaltungsweite Prozesse. Die Domäne verknüpft administrative Aufgaben mit digitalen Modernisierungsinitiativen.
Bauwesen, Planung und Entwicklung	Diese Domäne bündelt Aufgaben der räumlichen Entwicklung, der Bauleitplanung und der infrastrukturellen Umsetzung. Sie steuert Flächennutzung, städtebauliche Vorgaben, Genehmigungsverfahren und Bauüberwachung. Ziel ist eine geordnete, gestaltungsfähige und zukunftsorientierte Entwicklung der städtischen Räume.
Finanzen	Diese Domäne beschreibt die finanzielle Ordnungslogik der Kommune. Sie legt die Rahmenbedingungen für Mittelvergabe, Budgetsteuerung und finanzielle Stabilität fest. Sie bestimmt, wie strategische Vorhaben und laufende Leistungen finanziell einzuordnen sind.
Klima und Umwelt	Fokus dieser Domäne ist das Zusammenspiel von Stadtentwicklung und ökologischen Systemen. Sie behandelt Fragen der Resilienz, der Umweltqualität und der ökologischen Steuerungsprinzipien. Ziel ist die systematische Integration von Umweltaspekten in Entscheidungen und die Stärkung der Klimaanpassungsfähigkeit.
Recht, Sicherheit und Ordnung	Diese Domäne fasst normative und ordnungspolitische Aufgaben zusammen. Sie definiert die Grundlagen für rechtliches Handeln, öffentliche Ordnung und Schutzfunktionen und bildet den Rahmen für Genehmigung, Aufsicht und Sicherheitssteuerung.
Soziales, Jugend und Gesundheit	Diese Domäne verbindet soziale Strukturen mit Gesundheitsfragen. Im Fokus stehen Teilhabe, Prävention und die Sicherstellung sozialer Leistungen. Sie beschreibt, wie die Stadt soziale Stabilität sicherstellt und den Zugang zu Angeboten organisiert.
Wirtschaft und Verkehr	Hier bündeln sich Aspekte der Standortentwicklung, der städtischen Funktionsqualität und der Erreichbarkeit. Die Domäne betrachtet wirtschaftliche Dynamik und Mobilitätszusammenhänge als verknüpftes System und fasst die Abstimmung zwischen Innenstadtinteressen, Gewerbeentwicklung und Verkehrsangeboten zusammen.

2.1.2 Rollen

Die datenbezogene Governance der Landeshauptstadt Wiesbaden stellt sich als **vertikale Hierarchie** dar: übergeordneten Stellen für Datenschutz und Informationssicherheit sowie Open Data, ein Steuerungsgremium als strategische Steuerungsinstanz,

domänenspezifische Datenkoordinationen sowie die fachlichen und operativen Rollen in den Ämtern, Eigenbetrieben und Gesellschaften.

Für den Einstieg wird ein zunächst schlanker, funktionsfähiger Rahmen empfohlen, der es ermöglicht, frühzeitig mit klaren Zuständigkeiten und einfachen Standards zu arbeiten - eine „**Minimal Viable Governance**“.



Abbildung 3: Rollen und Gremien innerhalb der Data Governance

Datenschutz, Informationssicherheit & Datenqualität

Der **Datenschutz** dient dem Schutz von personenbezogenen Daten eines jeden Einzelnen. Ziel ist es, die Menschen davor zu schützen, dass personenbezogene Daten missbräuchlich erhoben und verarbeitet werden. Der Datenschutz garantiert Bürgerinnen und Bürgern sowie unseren Mitarbeitenden das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und den Schutz ihrer Privatsphäre. Regeln zum Schutz und der Verwendung von personenbezogenen Daten werden insbesondere durch die europäische Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) festgelegt, welche durch das hessische Datenschutzgesetz (HDSIG) und bereichsspezifische Fachgesetze (z. B. SGB X, Schulgesetz, BMG u.v.m.) konkretisiert werden.

Neben dem Datenschutz taucht auch häufig der Begriff Datensicherheit auf. Im Rahmen der Datensicherheit wird sich zwar auch mit dem Schutz von Daten befasst, jedoch unabhängig davon, ob diese Daten einen Personenbezug aufweisen oder nicht. Datensicherheit ist dabei analog dem Datenschutz durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zu gewährleisten. Hierbei soll die Datensicherheit

Sicherheitsrisiken begegnen und Daten vor Verlust, Manipulation und berechtigter Kenntnisnahme schützen. Im Gegensatz zum Datenschutz stellt sich bei der Datensicherheit nicht die Frage, ob Daten überhaupt erhoben und verarbeitet werden dürfen. Weitere Informationen zu den Kernaufgaben des behördlichen Datenschutzbeauftragten der Landeshauptstadt Wiesbaden (DSB) finden sich unter

Weitere Informationen zu den Kernaufgaben des behördlichen Datenschutzbeauftragten der Landeshauptstadt Wiesbaden finden sich unter

[Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Wiesbaden.](#)

Die **Informationssicherheit** hat den Schutz von Informationen jeglicher Art zum Ziel - der Begriff ist maßgeblich durch die IT-Grundschutzkataloge des BSI und durch den ISO Standard 27001 geprägt. Wie beim Datenschutz ist es auch hier unerheblich, ob es sich um digitale oder analoge Informationen handelt, anders als beim Datenschutz ist ein Personenbezug jedoch nicht relevant. Typischerweise wird die Datensicherheit als Teil der Informationssicherheit betrachtet. Ein weiterer Teil der Informationssicherheit ist die IT-Sicherheit, bei der es neben dem Schutz der technischen Verarbeitung auch um die fehlerfreie Funktion und die Zuverlässigkeit von IT-Systemen geht. Somit ergeben sich die zentralen Schutzziele der Informationssicherheit: Verfügbarkeit, Integrität und Vertraulichkeit.

Informationen zu den Zuständigkeiten des Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) finden sich unter

[Informationssicherheitsbeauftragter der Landeshauptstadt Wiesbaden.](#)

Bei als risikobehaftet eingestuften Datenvorhaben sind Datenschutz und Informations sicherheit **frühzeitig einzubinden**, vorzugsweise bereits in der Initiierungsphase des Vorhabens. Verbleibende oder schwerwiegende Risiken werden auf Grundlage ihrer Bewertungen gemeinsam dem Lenkungsgremium zur Entscheidungsfindung vorgelegt.

Für die domänenübergreifende Umsetzung von „**Open per Default**“ für die **qualitäts gesicherte Verarbeitung** öffentlicher Verwaltungsdaten ist der **Open Data Beauftragte (ODB)** verantwortlich. Er koordiniert die Verfahren zur standardisierten Datenbereitstellung und stellt die qualitätsgesicherte Überführung von Datensätzen aus dem Internen Datenraum auf die Open Data Plattform sicher.

Der Open Data Beauftragte ist organisatorisch im Amt für Statistik und Stadtforschung (Amt 12) verortet. Das Amt 12 übernimmt aufgrund der dort gesetzlich vorgeschriebenen abgeschotteten Statistikstelle und langjähriger Expertise eine zentrale Rolle bei der **Qualitätssicherung, Anonymisierung und datenschutzkonformen Bereitstellung** statistischer und georeferenzierter Verwaltungsdaten.

Als stadtweite Querschnittsfunktion koordiniert der Open Data Beauftragte domänenübergreifend die Umsetzung des Prinzips „Open per Default“. Deshalb ist der Open Data Beauftragte bei allen Dateninfrastrukturprojekten **frühzeitig einzubinden**, um die technische Kompatibilität zwischen internen und öffentlichen Datenbeständen sowie die Einhaltung der Open Data Leitfäden sicherzustellen. Da der Interne Datenraum als Vorstufe für die Open Data Plattform konzipiert ist, wirkt der Open Data Beauftragte bereits bei der Konzeption und Befüllung des Datenraums mit, um frühzeitig Anforderungen für spätere Veröffentlichungen zu berücksichtigen. Amt 12 steht den Fachdomänen beratend und praktisch zur Verfügung, um etwaige Herausforderungen in der Datenbereitstellung durch Anonymisierung und Pseudonymisierung zu lösen.

Weiterführende Informationen zum Open Data Beauftragten der Landeshauptstadt Wiesbaden finden sich unter

[Der Open Data Beauftragte | Landeshauptstadt Wiesbaden](#)

Steuerungsgremium

An der Spitze der Governance steht das **Steuerungsgremium**, das als oberste **Lenkungs- und Steuerungsinstanz** fungiert. Es hat das Ziel, dass Dateninitiativen strategiekonform und ressourcengestützt im Rahmen der Vorgaben der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) umgesetzt werden. Zusammengesetzt aus Amts- und Referatsleitungen, Dezernatsvertretungen sowie zentraler IT-Leitung der LHW, definiert dieses Gremium die strategischen Prioritäten für datenbezogene Initiativen, bereitet Entscheidungen über die Zuteilung wesentlicher Ressourcen vor und wirkt als Eskalationsinstanz bei Ziel- und Ressourcenkonflikten. Aufgaben wie die Freigabe größerer Transformationsprojekte, die Abwägung von Prioritäten zwischen Domänen und die Abstimmung datenbezogener Vorhaben werden hier verhandelt und verbindlich beschlossen. Die Datenkoordination bereitet die Vorlagen vor, während das Steuerungsgremium für politische und administrative Legitimation sorgt und damit sicherstellt, dass datenrelevante Vorhaben in der Landeshauptstadt Wiesbaden die notwendige Unterstützung erhalten.

Kernaufgaben des Steuerungsgremiums sind u. a.:

- Festlegen der strategischen Prioritäten für datenbezogene Initiativen und verbindliche Bestimmung von Domänenprioritäten.
- Freigabe wesentlicher Budget- und Personalressourcen für größere Datenvorhaben und Entscheidung über Zuteilung.
- Genehmigung von Transformationsprojekten, Überwachung des Projektportfolios und Sicherstellung strategischer Steuerung.
- Entscheidung über Eskalationen aus Datenkoordination und Datenmanagement sowie Anordnung verbindlicher Lösungen bei Ziel- oder Ressourcenkonflikten.

- Festlegung von Zielwerten und Erfolgskriterien für die Datenstrategie und Data Governance sowie Prüfung der quartalsweisen Berichte und Einleitung strategischer Nachsteuerungen.

Datenkoordination und Koordinationsnetzwerk

Die Datenkoordination **vertritt jeweils eine Domäne** und wirkt als **Bindeglied** zwischen dem strategischen Steuerungsgremium und dem operativen Datenmanagement in den städtischen Organisationseinheiten. In Zusammenarbeit mit dem Datenmanagement bewertet die Datenkoordination technische Umsetzungsoptionen, steuert Implementierungsrisiken und bezieht Datenschutz sowie Informationssicherheit in fachliche Entscheidungen ein. Sie leitet bei Konflikten oder Ressourcenengpässen Eskalations schritte ein, fördert den Wissensaustausch und Kapazitätsaufbau, konsolidiert relevante Kennzahlen und leitet daraus zielgerichtete Steuerungsmaßnahmen ab. Mindestens Quartalsweise koordinieren die Datenkoordinationen im Koordinationsnetzwerk domänenübergreifend Prioritäten, teilen Erfahrungen und vereinbaren Maßnahmen, die gegebenenfalls an das Steuerungsgremium weitergeleitet werden. Als mögliche Besetzung der Rolle sind Abteilungsleitungen sowie Fachreferentinnen und Fachreferenten denkbar.

Kernaufgaben der Datenkoordination sind u.a.:

- Festlegen und versionieren von Governance-Richtlinien in Abstimmung mit dem Steuerungsgremium sowie Festlegung von Freigabe- und Eskalationsregeln, verantwortlich für fachliche Vorgaben.
- Priorisierung bereichsübergreifender Projekte und Erstellung von Entscheidungsvorlagen für das Steuerungsgremium.
- Moderation des quartalsweisen domänenübergreifenden Koordinationsnetzwerks und Abstimmung zur Ressourcenverteilung.
- Steuerung und Freigabe von fachlichen Standards wie Metadatenschemata und Gütekriterien sowie Festlegung von Qualitätsanforderungen.
- Koordination mit Datenschutz, Informationssicherheit und zentraler IT sowie Konsolidierung von Kennzahlen zur Ableitung strategischer Steuerungsmaßnahmen.

Koordinationsnetzwerk

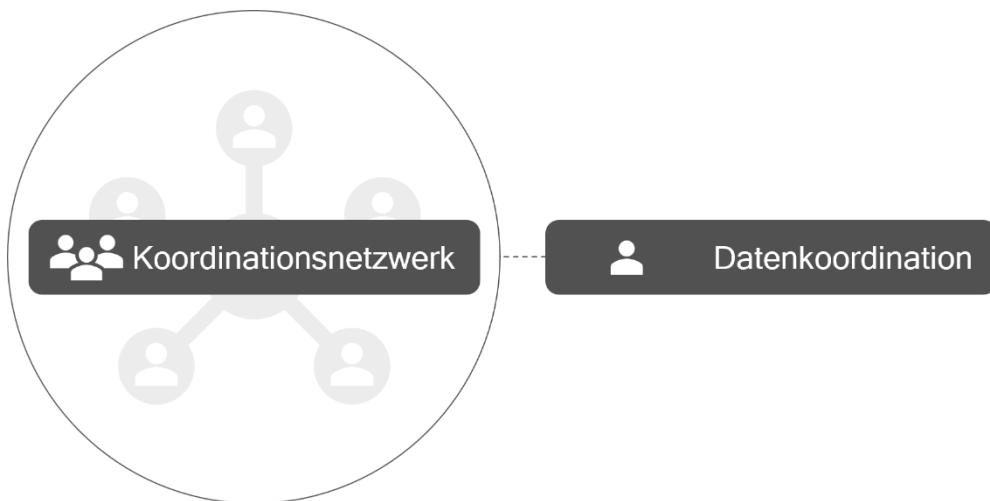


Abbildung 4: Zusammensetzung Koordinationsnetzwerk

Das Koordinationsnetzwerk fasst die **Datenkoordinationen aller Domänen** zusammen. Vertreterinnen und Vertreter der sieben domänenspezifischen Datenkoordinationen treffen sich quartalsweise, um domänenübergreifende Themen zu steuern, Abstimmungen zu vereinheitlichen und koordinierte Entscheidungen vorzubereiten. Das Netzwerk bildet die zentrale Instanz für Priorisierung, Ressourcenabgleich, Governance-Standards und die Abstimmung mit dem Steuerungsgremium. Es sorgt dafür, dass domänenspezifische Maßnahmen ineinander greifen und die übergeordnete Datenstrategie konsistent umgesetzt wird. Die Organisation, Durchführung und Moderation der Quartalstreffen liegen zentral beim Referat Smart City. Dieses verantwortet ebenfalls Agenda, Einladungen, Protokollführung und die Nachverfolgung offener Punkte mit Unterstützung der Datenkoordinationen.

Kernaufgaben des Koordinationsnetzwerks sind u.a.:

- Strategische Abstimmung und Harmonisierung von Domänenprioritäten und Zielvorgaben.
- Abgleich von Ressourcen und Kapazitäten sowie Koordination von Zeitplänen über alle Domänen hinweg.
- Konsolidierung und Priorisierung bereichsübergreifender Projekte und Initiativen.
- Standardisierung von Governance, Metadatenanforderungen und Gütekriterien.
- Vorbereitung von Entscheidungsgrundlagen und Eskalationsvorschlägen für das Steuerungsgremium, inklusive Monitoring relevanter Kennzahlen.

Datenmanagement

Das Datenmanagement ist die **operative, fachbereichsnahe, technische und organisatorische Umsetzungsinstanz** auf Ebene der Ämter, Eigenbetriebe und Gesellschaften. Pro Fachamt wird ein eigenes Datenmanagement eingerichtet, um klare Verantwortlichkeiten zu schaffen, Kompetenzüberschneidungen zu vermeiden und die fachliche Koordination zu erleichtern. Das Datenmanagement setzt die von der Datenkoordination festgelegten Vorgaben, Standards und Prioritäten operativ um und betreibt die zugehörigen Systeme und Prozesse.

Als mögliche Besetzung der Rolle sind Abteilungsleitungen, Sachgebietsleitungen sowie Fachreferentinnen und Fachreferenten denkbar.

Kernaufgaben des Datenmanagements sind u. a.:

- Verantwortung für die operative Umsetzung der Vorgaben der Datenkoordination einschließlich deren technische Umsetzung.
- Verantwortlich für Betrieb und Pflege des Metadatenkatalogs inklusive Einspielen, Validieren und Versionieren von Metadatenänderungen.
- Implementierung und Betrieb automatisierter Qualitätsprüfungen, ETL-Prozesse, Schnittstellen und Zugriffskontrollen.
- Technische Vorbereitung zur Bereitstellung von Datensätzen für den Internen Datenraum und die Open Data Plattform.
- Erhebung, Validierung und fristgerechte Lieferung der Kennzahlen an die Datenkoordination sowie Melden von Umsetzungshindernissen und technischen Risiken.

Datenverantwortliche

Datenverantwortliche sind **fachlich zuständige Personen** innerhalb der Ämter oder Fachbereiche und tragen die inhaltliche Verantwortung für die ihnen zugewiesenen Datensätze. Sie sichern die fachliche Integrität und die inhaltlichen Konsistenz der Daten. Technische Umsetzungsschritte delegieren sie an das Datenmanagement und fungieren als zentrale Schnittstelle zwischen Praxis, Fachbereich und technischen Teams.

Als mögliche Besetzung der Rolle sind Sachgebietsleitungen sowie konkrete Produktverantwortliche denkbar.

Kernaufgaben der Datenverantwortlichen sind u.a.:

- Fachliche Definition von Inhalten, Gütekriterien und Validierungsregeln sowie die Verantwortung für die inhaltliche Qualität.
- Pflege, fachliche Validierung und Freigabe von Datensatzinhalten und Metadatenbeschreibungen.

- Anlaufstelle für fachliche Fragen von Datenproduzenten und Datennutzenden sowie die Durchführung fachlicher Schulungen.
- Analyse von Ursachen bei Qualitätsmängeln und Abstimmung konkreter Korrekturmaßnahmen mit dem Datenmanagement.
- Regelmäßige Teilnahme am Datennetzwerk und Einbringen fachlicher Anforderungen sowie von Praxisfeedback für Domänenentscheidungen.

Datenproduzenten

Datenproduzenten sind Mitarbeitende der Verwaltung, die im Tagesgeschäft **Daten erzeugen, aktualisieren und dokumentieren**. Ihre Hauptaufgabe ist die sachgerechte und fristgerechte Aufbereitung von Informationen in Fachsystemen sowie die Ergänzung und Pflege der erforderlichen Metadaten, damit die städtische Datengrundlage verlässlich und auswertbar bleibt.

Als mögliche Besetzung der Rolle sind operative Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter von Fachanwendungen denkbar.

Kernaufgaben der Datenproduzenten sind u. a.:

- Daten korrekt, vollständig und termingerecht in den Fachsystemen erfassen und laufend aktualisieren.
- Erforderliche Metadatenfelder gemäß Vorgaben ergänzen und bei Änderungen pflegen.
- Eingaberegeln und Validierungshinweise befolgen und wiederkehrende Probleme melden.
- Auffälligkeiten, Fehler und Inkonsistenzen dokumentieren und zur fachlichen Klärung übergeben.
- Bei Inventur, Validierung und Bereinigung mitwirken und fachliche Rückmeldungen zur Verbesserung liefern.

Datenkonsumenten

Datenkonsumenten sind Mitarbeitende der Verwaltung, die bereitgestellte **Verwaltungsdaten gezielt für Berichte, Analysen, operative Entscheidungen und fachliche Aufgaben nutzen**. Sie prüfen im Sinne der guten Verwaltungsarbeit die Eignung der Daten für konkrete Verwendungszwecke, dokumentieren Nutzungsgrenzen und liefern fachliches Feedback zur Datenaufbereitung. In Zusammenarbeit mit Datenverantwortlichen und dem Datennetzwerk präzisieren sie Anforderungen an Qualität, Kontext und Bereitstellung und tragen so zur praxisnahen Weiterentwicklung der Datenprodukte bei.

Datenkonsumenten müssen nicht formal benannt werden - fast alle Mitarbeitenden können auch Datenkonsumenten sein - sie ergeben sich aus dem jeweiligen Aufgabenbereich und können auf allen Hierarchieebenen auftreten.

Kernaufgaben der Datenkonsumenten sind u. a.:

- Daten zielgerichtet für Berichte, Analysen und fachliche Entscheidungen nutzen.
- Eignung und Qualität der Daten für den jeweiligen Verwendungszweck bewerten und dokumentieren.
- Auffälligkeiten, Datenlücken oder Unstimmigkeiten an die Datenverantwortlichen melden.
- Anforderungen an Granularität, Aufbereitung und Metadaten gegenüber Datenverantwortlichen und dem Datenmanagement kommunizieren.
- An Abnahme-, Validierungs- und Feedbackprozessen teilnehmen und Nutzungserfahrungen im Datennetzwerk einbringen.

Datennetzwerk

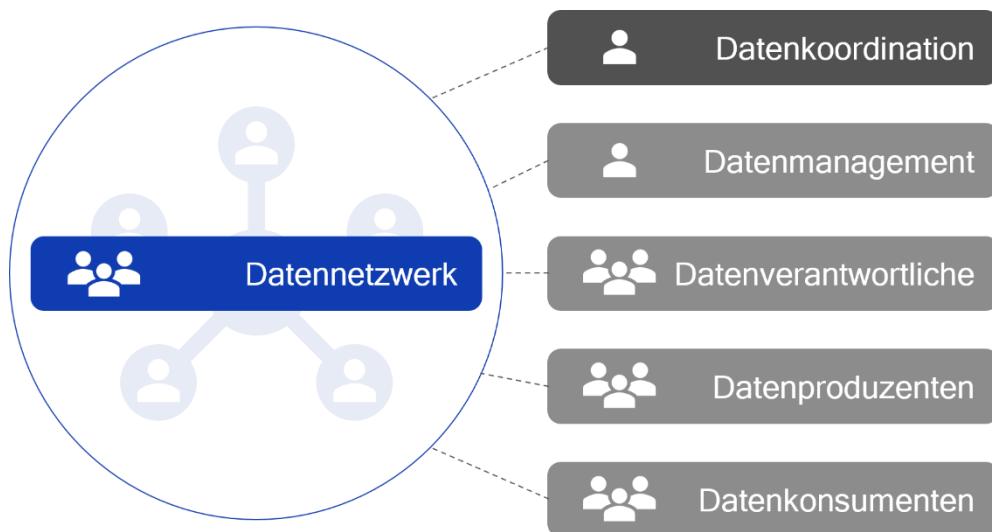


Abbildung 5: Zusammensetzung Datennetzwerk

Das Datennetzwerk ist ein domänenorientiertes, formelles Austauschformat. Es stellt für jede Fachdomäne ein eigenes Netzwerk bereit oder kann bei Bedarf mehrere Domänen zusammenführen. Jedes Netzwerk bringt die jeweilige Datenkoordination, das Datenmanagement, die Datenverantwortlichen sowie Datenproduzenten und Datenkonsumenten zusammen. Ziel ist die abgestimmte Kommunikation fachlicher Regeln, die Klärung technischer und inhaltlicher Fragen, die Koordination bereichsübergreifender Vorhaben und die zügige Behebung operativer Probleme. Unter Leitung der jeweiligen Datenkoordination bereitet das Netzwerk bei Bedarf Empfehlungen für das Steuerungsgremium vor und bildet den zentralen Kanal für Feedback aus den

Fachbereichen. Die Datennetzwerke treffen sich grundsätzlich monatlich, zusätzliche Termine werden bei Bedarf anberaumt. Die monatliche Frequenz schafft einen verlässlichen Arbeitsrhythmus, ermöglicht zeitnahe Problemerkennung und fördert die kontinuierliche Weiterentwicklung.

Kernaufgaben des Datennetzwerks sind u. a.:

- Fachliche Abstimmung und Dokumentation von Regeln, Felddefinitionen und Metadaten sowie Kommunikation an die Fachbereiche.
- Koordination der technischen Umsetzung durch Identifikation von Schnittstellen und Risiken sowie Priorisierung von Lösungsvorschlägen mit dem Datenmanagement.
- Koordination bereichsübergreifender Vorhaben und Abhängigkeiten sowie Vorbereitung von Priorisierungsempfehlungen.
- Operative Problemlösung und Eskalation durch zeitnahe Bearbeitung von Störungen und das Einsetzen kurzfristiger Arbeitsgruppen.
- Konsolidierung von Praxisfeedback und Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen für die Datenkoordination und gegebenenfalls das Steuerungsgremium.

2.1.3 Messbare Kennzahlen

Für die Einführungsphase der Datenstrategie legt die Datenkoordination bzw. das Datenmanagement mit Abnahme des Steuerungsgremiums **messbare Ziele und Kennzahlen** fest, erfasst und validiert diese Kennzahlen je Domäne bzw. Je Fachamt und berichtet quartalsweise an das Steuerungsgremium, um Steuerungsentscheidungen zu ermöglichen. Initiale Kennzahlen sind

1. die Anzahl ernannter Datenverantwortlicher je Domäne bzw. je Fachamt,
2. die Anzahl katalogisierter Datensätze sowie
3. die Anzahl bereitgestellter Datensätze im Internen Datenraum beziehungsweise auf der Open Data Plattform.

Die konkreten Zielwerte legt die Datenkoordination in Abstimmung mit dem Datenmanagement und dem Steuerungsgremium fest.

2.2 Umsetzung

Die Umsetzung der Datenstrategie soll **schrittweise in drei aufeinander aufbauenden Phasen** erfolgen - kurzfristig, mittelfristig und langfristig. Darauf aufbauend können Rollen, Prozesse und Domänen schrittweise weiterentwickelt und schließlich in einen dauerhaften Betrieb mit stabilen Qualitätsstandards und möglichst automatisierten Abläufen überführt werden.

Zu Beginn könnte der **Fokus insbesondere auf den Ämtern liegen, die bereits heute intensiv mit Daten arbeiten**, um schnell sichtbare Mehrwerte zu schaffen und Erfahrungen für die weitere Skalierung zu sammeln.

Zur **Unterstützung** dieser Einführung wird empfohlen, dass das Referat Smart City und Amt 15 Schulungen, Organisationsentwicklungsmaßnahmen und begleitende Unterstützung der Fachämter anbieten.

Phase 1: Grundlagen schaffen (kurzfristig bis Ende 2026)

In der ersten Phase wird die Data Governance organisatorisch verankert, Rollen werden benannt und Pilotprojekte gestartet. Dabei folgt die Landeshauptstadt Wiesbaden bewusst dem Prinzip einer „**Minimal Viable Governance**“ (MVG). Das bedeutet: Die Stadt führt zunächst nur die **minimal notwendigen Rollen, Regeln und Prozesse** ein, die für einen funktionierenden Start erforderlich sind - schlank, pragmatisch und ohne Überkomplexität. Dabei werden sich Rollen und Zugehörigkeiten teilweise überschneiden. Die Governance wird anschließend iterativ erweitert, sobald Erfahrungen aus Pilotprojekten und der praktischen Anwendung vorliegen. Als Pilotdomäne wird „Bauwesen, Planung und Entwicklung“ etabliert, in der die Datenstrategie konkrete Anwendung findet.

Schwerpunkte der Phase 1:

- **Aufbau und formelle Einsetzung des Steuerungsgremiums**, zusammengesetzt aus Amts- bzw. Referatsleitungen sowie zentraler IT-Leitung aus Amt 15.
- **Aufbau der Domäne „Bauwesen, Planung und Entwicklung“** als Pilot, mit Fokus auf dem Themenschwerpunkt Immobilien.
- **Benennung und Aufbau der operativen Rollen und Aufgaben** für Datenmanagement, fachliche Datenverantwortliche und Datenproduzierenden, bspw. für letztere, die korrekte Erfassung, laufende Aktualisierung und Befüllung der Pflichtmetadaten auf der Open Data Plattform.
- **Initiierung und Durchführung von Pilotprojekten und Pilotworkflows** zur praxisorientierten Nutzung der führenden Datenplattformen und Ausrichtung an konkreten Anwendungsfällen, bspw. Bereitstellung von Daten.
- **Aufbau der ersten Netzwerke** im Rahmen einer oder mehrerer Pilotdomänen: Koordinationsnetzwerk (domänenspezifisch) und Datennetzwerk (fachlich).

Ergebnis der Phase: Bis Ende 2026 sollen die Rollen in zentralen Ämtern, Eigenbetrieben und Gesellschaften benannt, Pilotprozesse getestet, Pilotdomänen aufgebaut und die Basisstrukturen der Governance etabliert sein.

Phase 2: Strukturen verankern und ausrollen (mittelfristig bis Ende 2027)

In der zweiten Phase werden die in Phase 1 erprobten Elemente in die Fläche getragen und organisatorisch verankert.

- **Etablierung der Fachdomänen und Ernennung der Datenkoordination** durch das Steuerungsgremium.

- Ausbau der Koordinationsnetzwerke und Datennetzwerke im Rahmen der Fachdomänen.
- Produktivbetrieb und flächiger Rollout von Prozessen, Templates und Qualitätsprüfungen.
- Kompetenzaufbau und Multiplikatorenprogramm durch Schulungen.
- Iterative Nachschärfung der Strategie unter Berücksichtigung von Erfahrungen, neuen Anforderungen und technischen Entwicklungen.

Ergebnis der Phase: Bis Ende 2027 sollen Rollen, Prozesse und technische Anbindungen flächig eingeführt und die domänenbasierte Governance stabil arbeitsfähig sein.

Phase 3: Dauerhafter Betrieb und strategische Weiterentwicklung (ab 2028)

In der dritten Phase entsteht ein verstetigter, routinierter Betrieb der Data Governance und die Verwaltung hat ein neues Selbstverständnis für den Umgang mit Daten entwickelt. In dieser Phase wirken das Referat Smart City und Amt 15 weiterhin beratend und koordinierend und unterstützen bei komplexen Integrationen, beim Kapazitätsaufbau und bei der Weiterentwicklung von Standards.

- **Betrieb in Fachdomänen**, die operative Verantwortung für Lebenszyklus, Qualität und Nachnutzbarkeit ihrer Datensätze tragen.
- **Datenmanagement** ist als integraler Bestandteil der Fachamtsorganisation etabliert.
- **Konsolidierte Plattformlandschaft** und reduzierte Redundanzen sowie routinemäßige Workflows, die die führenden Plattformen bespielen.
- **Strategische Steuerung durch das Steuerungsgremium**, bspw. Ressourcenplanung und Priorisierung sowie Kennzahlen-Monitoring.

Ergebnis der Phase: Ein nachhaltiges, qualitätsgesichertes Datenökosystem ist etabliert, und eine gelebte Datenkultur stärkt den notwendigen Wandel hin zu einer datenbasierten Arbeitsweise und gemeinsamen Verantwortlichkeiten.

2.3 Metadatenmanagement, Standards und Qualität

Metadaten sind das Rückgrat jeder datenbasierten Verwaltung. Sie machen Daten **auffindbar, verständlich und wiederverwendbar** - intern wie extern. Dadurch wird **ämterübergreifende Zusammenarbeit** ebenso ermöglicht wie die **Veröffentlichung** auf Open Data Plattformen. Ein systematisches Metadatenmanagement sichert **Transparenz**, reduziert **Doppelarbeit** und schafft die **Grundlage für Interoperabilität** zwischen Fachämtern, Fachverfahren und externen Datenportalen.

Einheitliche Standards für die Plattformen

Das Metadatenmanagement der Landeshauptstadt Wiesbaden orientiert sich an dem verbindlichen und etablierten **DCAT-AP.de-Standard** als deutschem Profil des

europäischen DCAT-AP-Standards (sowohl den Internen Datenraum als auch für die Open Data Plattform). Dadurch sind sowohl die nahtlose Übertragung zwischen internen und öffentlichen Datenbeständen als auch die Anbindung an nationale und europäische Portale, wie beispielsweise GovData, mCLOUD oder das European Data Portal (data.europa.eu), gewährleistet.

Die Verantwortung für die Pflege und Aktualisierung der Metadaten liegt bei den jeweiligen **Datenverantwortlichen**. Für alle Datensätze gilt ein einheitliches, verpflichtendes Metadatenprofil, das zentrale Angaben enthält - insbesondere zu:

- Quelle und Datenherkunft,
- Datenqualität und Aktualität,
- Datenformat und Struktur,
- Lizenz und Nutzungsbedingungen, insbesondere im Kontext der Open Data Plattform.

Regeln und Verbindlichkeit

Um einen standardisierten Prozess zu gewährleisten, werden den Fachämtern über das interne Wissensportal Leitfäden mit Beispielen zum Metadatenmanagement bereitgestellt. Diese Dokumente erläutern die Metadatenfelder und deren Bedeutung sowie die **Mindestanforderungen** für geteilte Datensätze.

Neben den Metadaten spielt auch die inhaltliche **Datenqualität** eine zentrale Rolle: Nur valide, konsistente und regelmäßig gepflegte Daten entfalten ihren Mehrwert und können sinnvoll kombiniert und verschnitten werden. Metadaten und Datenqualität sind daher eng miteinander verknüpft - vollständige und aktuelle Metadaten sind **Voraussetzung für eine verlässliche Nutzung und Weiterverarbeitung** der Daten im Sinne der FAIR-Prinzipien (Findable, Accessible, Interoperable, Reusable).

Ergänzend dazu stehen **Leitfäden** zu Datenstandards zur Verfügung (Beispiel Open Data, öffentlicher Link: [Open Data Leitfäden](#)). Diese beschreiben einheitliche technische, strukturelle und semantische Standards für die Datenbereitstellung und den Datenaustausch auf den Plattformen. Dadurch wird sichergestellt, dass interne Datenflüsse, offene Daten und externe Quellen auf denselben Grundlagen aufbauen und reibungslos miteinander interoperieren können.

Die Standards sind verbindlich für alle Datensätze auf den Plattformen. Die **Datenkoordination** überwacht übergeordnet die Einhaltung und unterstützt bei der Umsetzung.

2.4 Change & Training - Aufbau eines städtischen „Data Mindsets“

Eine erfolgreiche Datenstrategie erfordert nicht nur Fachwissen, sondern auch eine breite kommunikative Begleitung und aktive Beteiligung der Mitarbeitenden. Denkbar ist eine Kombination aus **strukturiertem Kompetenzaufbau** mit einer **fortlaufenden**

Informations- und Kommunikationskampagne sowie vielfältigen **Austausch- und Mitmachformaten**. Ziel ist es, **Mitarbeitende schrittweise zu befähigen**, grundlegende Datenkompetenzen aufzubauen, datenbezogene Rollen sicher auszufüllen und die Prinzipien der Data Governance in ihrem Arbeitsalltag zu verankern. Gleichzeitig sollen Informationen transparent vermittelt, Verständnis gefördert und eine **offene Lernkultur** geschaffen werden, in der Fragen, Rückmeldungen und Erfahrungen ausdrücklich erwünscht sind. Die begleitende Kampagne umfasst niedrigschwellige Informationsangebote, sichtbare Kommunikation im Intranet und auf Veranstaltungen, praxisnahe Lernimpulse sowie interaktive Formate wie Peer-Learning, Kurzformate oder Austauschforen. So entsteht ein Umfeld, in dem Lernen, Beteiligung und kollegialer Austausch selbstverständlich sind und in dem Mitarbeitende aktiv zur Weiterentwicklung der Datenstrategie beitragen können.

Umsetzung

Phase 1: Grundlagen schaffen

Zentrales Ziel der ersten Phase ist es, stadtweit Aufmerksamkeit für die Datenstrategie zu erzeugen und ein grundlegendes Verständnis für Rollen und Aufgaben zu vermitteln, hierzu in den Austausch zu kommen und die neue Dateninfrastruktur zu pilotieren. Stadtweit werden **Führungskräfte** mit den notwendigen Informationen versorgt und **niedrigschwellige Formate** wie kompakte Einführungsveranstaltungen oder Lunch & Learn-Sessions ermöglichen einen leichten Einstieg für alle Mitarbeitenden.

Phase 2: Strukturen verankern und ausrollen

Mit der Einführung der Domänen wird das Angebot systematischer: Ein strukturiertes **Curriculum** entsteht und wird zu einem festen Baustein des **Fortbildungsangebots der LHW**, ergänzt durch vertiefende Schulungen für die datenbezogenen Rollen. **Peer-Learning** wird zum grundlegenden Prinzip, etwa durch kollegiale Austauschformate oder praxisorientierte Lernzirkel, die den Wissenstransfer zwischen den Ämtern stärken.

Phase 3: Dauerhafter Betrieb und Weiterentwicklung

Langfristig wird das Curriculum durch wiederkehrende Fachseminare und spezialisierte Schulungsmodule ergänzt und in den Fortbildungskatalog integriert. Eine aktive Daten-Community, regelmäßige **Lessons-Learned-Formate** und sichtbare **Kommunikation von Erfolgen** fördern eine dauerhafte Lernkultur und tragen zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Organisation bei.

2.5 Stakeholder einbinden - Datenräume gemeinsam entwickeln

Durch **Kooperationen** mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollen neue Potenziale in der Datennutzung gehoben werden. Externe Akteure sollen aktiv in die Entwicklung und Nutzung städtischer Datenräume eingebunden werden. Mögliche

Angebote könnten sein: **Lokale Hochschulen** nutzen Open Data für Forschung und Lehre und können eigene Forschungsdaten bereitstellen. **Zivilgesellschaftliche Akteure** profitieren von einer breiten Datenbereitstellung, etwa durch einfach zugängliche Haushaltszahlen, was Transparenz und Vertrauen stärkt. Ebenso profitiert die Wirtschaft von verlässlichen Daten für Planung, Innovation und Standortentwicklung und kann durch Rückmeldungen zur Verbesserung und Ausrichtung städtischer Datenangebote beitragen.

Umsetzung

Die Umsetzungsplanung der Stakeholder-Einbindung erfolgt im Zuge des Data Governance-Aufbaus in Form von Teilvorhaben, koordiniert durch das Steuerungsgremium. Denkbar sind der Aufbau eines Netzwerks „Daten für Wiesbaden“ und die **Etablierung eines Runden Tisches Daten** als regelmäßiges Austauschformat. Die Open Data Plattform kann als gemeinsames Entwicklungsfeld für Nachnutzung und Pilotprojekte dienen und bietet diverse Einbindungsmöglichkeiten, bspw. sind Open Data-Hackathons und Innovationsformate in Kooperation mit Hochschulen und Wirtschaftspartnern denkbar. Auch in die **Use Case-Entwicklung und Validierung** können externe Partner eingebunden werden. Ergänzend empfiehlt es sich, spezifische Kooperationsformate wie gemeinsame Lehrveranstaltungen, Workshops mit der Hochschule Rhein-Main und Community-Labs in den Fortbildungsmix aufzunehmen und ebenfalls in den **internen Fortbildungskatalog der LHW** zu überführen, um nachhaltige Transfer- und Beteiligungsstrukturen zu schaffen. Weitere Partnerschaften und Formate lassen sich ergänzen und erproben, um die Kooperationen langfristig zu verankern.

3 Ausblick

Diese Datenstrategie ist **kein abgeschlossenes Konzept**, sondern ein **lebendiges Dokument**. Sie markiert den Start eines längerfristigen, iterativen Prozesses: Erkenntnisse aus Umsetzung, Nutzererfahrungen, rechtliche Bewertungen und technologische Entwicklungen werden fortlaufend in die Strategie zurückfließen und zu Anpassungen führen. Die hier beschriebenen Strukturen, Rollen und Plattformen bilden die Grundlage und müssen in der praktischen Anwendung geprüft, bewertet und bei Bedarf nachgeschärft werden.

In den nächsten Monaten geht es darum, die organisatorischen Verantwortlichkeiten formal zu klären, erste Praxisfälle zu erproben und Erfahrungswissen systematisch zu sammeln. Dabei sind laufende Abstimmungen zwischen Fachämtern sowie ein kontinuierlicher Dialog zwischen Technik, Fach- und Führungsebenen zentral. Der Erfolg hängt davon ab, wie gut Entscheidungsträgerinnen und -träger, operativ Verantwortliche und Anwenderinnen und Anwender zusammenarbeiten und wie schnell Erfahrungswissen in Regeln, Prozessen und technischen Anpassungen zurückgeführt wird.

Die Datenstrategie ist als **Ausgangspunkt für einen ständigen Lern- und Verbesserungszyklus** gedacht. Governance- und Prüfprozesse stellen sicher, dass Erkenntnisse systematisch erfasst werden, Prioritäten angepasst werden und Entscheidungen transparent nachvollziehbar sind. Ebenso wichtig sind transparente Kommunikations- und Eskalationswege, damit Probleme zügig adressiert und Lösungen skaliert werden können.

Dieses Papier ist ein **verbindlicher Orientierungsrahmen und zugleich ein Arbeitsdokument**. Die eigentliche Transformation entsteht in der Umsetzung, im laufenden Lernen und in der Bereitschaft, Regeln und Werkzeuge gemeinsam weiterzuentwickeln. Wesentlich ist, auf den bereits laufenden zentralen Organisationsentwicklungen der Landeshauptstadt Wiesbaden aufzusetzen, deren Ansätze in die Verwaltung zu überführen und schrittweise auszuweiten. Ziel ist nicht nur die Einführung neuer Prozesse, sondern ihre **nachhaltige Verankerung im Verwaltungsalltag** und die **kontinuierliche Weiterentwicklung** angesichts neuer Anforderungen.

Glossar und Abkürzungsverzeichnis

API-Leitfaden	Vorgaben zu Schnittstellenstandards („Application Programming Interface“), Versionierung, Interoperabilitätskriterien, Backup/Restore, DPI-Nutzung und der technischen Umsetzung automatisierter Schnittstellen.
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
Change-Management	Kommunikations- und Trainingsmaßnahmen, Informationskampagnen, niedrigschwellige Lernformate zur Verankerung eines „Data Mindsets“ in der LHW.
Data Literacy	Data Literacy bezeichnet die Fähigkeit, Daten sicher zu lesen, zu verstehen, kritisch zu bewerten und zielgerichtet anzuwenden. Dazu gehören sowohl grundlegende statistische Kenntnisse als auch das Verständnis von Datenherkunft, Qualität, Kontext und möglichen Verzerrungen.
Datenkonsumenten	Mitarbeitende, die Daten für Berichte, Entscheidungen und Fachaufgaben nutzen, deren Eignung bewerten und Rückmeldungen geben.
Datenkoordination	Operative Steuerungsstelle je Domäne, verantwortlich für Priorisierung, Moderation des Datennetzwerks, Pflege des Metadatenkatalogs und quartalsweises Reporting an das Steuerungsgremium.
Datenmanagement	Technisch-organisatorische Einheit auf Fachamtsebene, die Vorgaben umsetzt, Schnittstellen betreibt, ETL-Prozesse betreut und Datensätze technisch aufbereitet.
Datennetzwerk	Domänenorientiertes, formales Austauschformat pro Fachdomäne zur Abstimmung fachlicher Regeln, Klärung technischer Fragen und operativen Problemlösung.
Datenproduzenten	Mitarbeitende, die Daten im Tagesgeschäft erzeugen oder aktualisieren und durch korrekte Erfassung die Basisqualität sichern.
Datensouveränität	Fähigkeit der LHW, eigenständig über Nutzung, Export und Zugang zu kommunalen Daten zu entscheiden.
Datenstandards-Leitfaden	Leitfaden zu verbindlichen Format- und Benennungsregeln, Validierung sowie Stabilität räumlicher Bezüge.

Datenverantwortliche	Fachpersonen, die fachlichen Input zu Richtlinien und Gütekriterien liefern und die inhaltliche Integrität ihrer Datensätze sicherstellen.
DCAT-AP.de	Deutsches Profil des europäischen Metadatenstandards DCAT-AP
Digitaler Zwilling	Virtuelles Stadtmodell der LHW zur Visualisierung, Analyse und Simulation städtischer Daten.
DPI	Technische Eingabeschnittstelle („Data Provider Interface“) der Open Data Plattform und des Internen Datenraums zur strukturierten Erfassung von Metadaten und Datensätzen.
DSB	Der behördliche Datenschutzbeauftragte der Landeshauptstadt Wiesbaden
DSFA	Datenschutz-Folgenabschätzung
ETL	Technische Prozesse („Extract, Transform, Load“) zur Überführung, Transformation und Laden von Daten zwischen Systemen.
FAIR Prinzip	Leitprinzipien („Findable, Accessible, Interoperable, Reusable“) für sowohl interne als auch offene Daten.
FME	Software („Feature Manipulation Engine“) für teilautomatisierte Datentransformation und -integration.
GIS	Geoinformationssystem
HBDI	Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HODaG	Hessisches Open Data Gesetz
Interner Datenraum	Geschützte Plattform für den sicheren Austausch verwaltungsinterner Daten mit rollenbasiertem Zugriff.
ISB	Informationssicherheitsbeauftragter der Landeshauptstadt Wiesbaden
Koordinationsnetzwerk	Domänenübergreifendes Gremium der Datenkoordinatorinnen zur Abstimmung von Prioritäten, Ressourcen und Governance.
KPI	Kennzahlen („Key Performance Indicator“) zur Messung des Anwendungs- und Umsetzungsgrades der Datenstrategie/Data Governance.

LHW	Landeshauptstadt Wiesbaden
Lizenz-Leitfaden	Leitfaden zu rechtlichen Grundlagen, Auswahlkriterien und empfohlenen Lizenzen für Open Data.
Metadatenkatalog	Zentrales Inventar mit standardisierten Beschreibungen zu Datensätzen (Quelle, Format, Aktualität, Lizenz, Zuständigkeit).
Metadaten-Leitfaden	Anforderungen für standardisierte, interoperable und maschinenlesbare Metadaten auf der Open Data Plattform.
Metadatenprofil	Verpflichtender Satz von Pflicht- und Sollfeldern zur einheitlichen Beschreibung und Auffindbarkeit von Datensätzen (Orientierung an DCAT-AP.de).
„Minimal Viable Governance“	Schlankes, sofort einsatzfähiges Governance-Set mit nur den nötigsten Rollen, Regeln und Verantwortlichkeiten.
ODB	Open Data Beauftragter der Landeshauptstadt Wiesbaden
Open Data Leitfäden	Standards für Metadaten, Lizenzierung, APIs und Veröffentlichungsprozesse; Vorlagen, Prüfschritte (Primär-/Sekundärsperrung) und Qualitätssicherungsanforderungen.
Open Data Plattform	Externe Plattform zur Veröffentlichung von offenen Verwaltungsdaten.
OGD	Open Government Data
„Open per Default“	Politisches Prinzip der LHW, dass Daten grundsätzlich offen bereitgestellt werden, sofern keine rechtlichen oder datenschutzrechtlichen Gründe dagegensprechen.
Open Source-Prinzip	Auswahlkriterien für Tools und Anbieter mit Schwerpunkt auf Offenheit, Exportierbarkeit, Interoperabilität und Präferenz für offene Technologien.
„Single Point of Truth“	Prinzip zur Vermeidung von Redundanzen durch zentrale Pflege einer primären, verbindlichen Datenquelle.
Steuerungsgremium	Oberste strategische Instanz zur Festlegung von Prioritäten, Ressourcenentscheidungen und Eskalationsinstanz bei Ziel- oder Ressourcenkonflikten.

Impressum

Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Der Magistrat
Dezernat VII / Smart City (Referat 0702)

Hasengartenstr. 21
65189 Wiesbaden

[Referat Smart City](#)

[Landeshauptstadt Wiesbaden](#)

Vertretungsberechtigte Person

Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende

Kontakt

E-Mail: SmartCity@wiesbaden.de

Telefon: 0611 31-5826

Redaktionell verantwortlich

Referat Smart City (0702), Landeshauptstadt Wiesbaden

Amt für Statistik und Stadtforschung (12), Landeshauptstadt Wiesbaden

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung (15), Landeshauptstadt Wiesbaden

Projektpartner

Daten-Kompetenzzentrum Städte und Regionen DKSR GmbH, Berlin

Veröffentlichungsstand

02/2026 (Version 1.1)

Lizenz

Diese Publikation (Text und Gestaltung) steht unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0).

Volltext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Förderung

Gefördert durch das Land Hessen - Hessisches Ministerium für Digitalisierung und Innovation



Hessisches Ministerium für
Digitalisierung und Innovation

